

Protokoll – Sitzung des Gemeinderates
Mittwoch, den 29.03.2023 um 18:30 Uhr im Bräuhaus/Lenausaal

Beginn: 18:30 Uhr / Ende: 21:17 Uhr

<u>Anwesend:</u>	Bürgermeisterin	Mag. (FH) Andrea Völkl	ÖVP
	2. Vizebürgermeister	Heinz Scheele	SPÖ
	Stadtrat	Gerhard Dummer	ÖVP
	Stadtrat	Ing. Mag. Herwig Hödl	ÖVP
	Stadtrat	Mag. Felix Koll	ÖVP
	Stadtrat	Dr. Christian Moser ab 18:45 Uhr	ÖVP
	Stadtrat	Admir Osmanovic	SPÖ
	Stadtrat	Markus Rosenberger	SPÖ
	Stadtrat	DI Dietmar Pfeiler	GRÜNE
	Stadtrat	Herbert Pohl	FPÖ
	Gemeinderat	Dkkfm. Johannes Bartosch	ÖVP
	Gemeinderat	Martin Franta BEd ab 19:23 Uhr	ÖVP
	Gemeinderat	Siegfried Gaida	ÖVP
	Gemeinderätin	Monika Handschuh	ÖVP
	Gemeinderat	Gregor Hetzendorfer	ÖVP
	Gemeinderat	Setki Ibraimi	ÖVP
	Gemeinderätin	Eleonore Kopf	ÖVP
	Gemeinderätin	Iris Ludl	ÖVP
	Gemeinderat	Peter Samer	ÖVP
	Gemeinderätin	Manuela Trabauer-Rauchbüchl	ÖVP
	Gemeinderat	Matthias Zagler	ÖVP
	Gemeinderat	Yasar Erkol	SPÖ
	Gemeinderat	Daniel Pollak	SPÖ
	Gemeinderat	Michael Polly	SPÖ
	Gemeinderätin	Mag. Alexandra Rester ab 20:20 Uhr	SPÖ
	Gemeinderat	Christian Rester	SPÖ
	Gemeinderat	Jürgen Strahammer	SPÖ
	Gemeinderätin	Mag. Regina Fless-Klinger	GRÜNE
	Gemeinderat	OStR Mag. Walter Klinger	GRÜNE
	Gemeinderat	Mag. Matthias Kubat	GRÜNE
	Gemeinderat	DI Thomas Muth	GRÜNE
	Gemeinderat	Alen Ćorković ab 21:07 Uhr	FPÖ
	Gemeinderat	Wolfgang Mayer	FPÖ
<u>Entschuldigt:</u>	1. Vizebürgermeister	Mag. Martin Falb	ÖVP
	Gemeinderätin	Margit Weiss	ÖVP
	Gemeinderat	Manuel Kurzmann	SPÖ
	Gemeinderat	Jürgen Ruzicka	SPÖ

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel

Tagesordnung

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Genehmigung des Protokolls vom 22.02.2023

Wahl

2. Berufung von Vertrauenspersonen

3. Ergänzungswahl – Ausschüsse

4. Bericht des Prüfungsausschusses

Ref. 03 – Anträge Stadtrat Finanzen

5. Jahresabschlüsse 2021 ausgegliederter Unternehmen

6. PV-Bürgerbeteiligung – Sale and lease back Modell

7. Rechnungsabschluss 2022

8. Erweiterung der Beauftragungssumme – Sanierung – WC Erholungszentrum

- 9. Garage Pflegeheim und Krankenhaus – Sondertarife
- 10. Kegelbahn – Tarife

Ref. 02 – Anträge Stadtrat Beteiligung und Liegenschaften

- 11. Dienstbarkeitsverträge – Netz NÖ – diverse Trafostationen 2023
- 12. Vereinbarung – Grundbenützung Netz NÖ - Schießstattgasse

Ref. 05 – Antrag Stadtrat Soziales, Gesundheit, Bildung und Integration

- 13. Mittel für Flüchtlingshilfe

Ref. 06 – Anträge Stadtrat Sport und Freizeit

- 14. Sportförderung – Ansuchen Projekte 1. Halbjahr 2023
- 15. Sportförderung – Ansuchen Spitzensport 2023

Ref. 07 – Antrag Stadtrat Umwelt, Au, Parkanlagen und Friedhof

- 16. Energiegemeinschaft Stockerau – Grundsatzbeschluss

Ref. 08 – Anträge Stadtrat Verkehr, Infrastruktur und Straßen

- 17. Beauftragung – Erneuerung Prozessleitsystem und speicherprogrammierbare Steuerung – Kläranlage
- 18. Einreichplanung – Renaturierung Göllersbach
- 19. Beauftragung – Buswartehaus Bahnhof
- 20. Kooperationsvertrag – Nextbike

Ref. 09 – Antrag Stadtrat Verwaltung und Digitalisierung

- 21. IT-Ausstattung – Betriebsärztin

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Völkl: Ich darf Sie herzlich begrüßen zur Sitzung des Gemeinderates im Lenausaal. Wir hatten eine Angelobung und ich darf ganz herzlich in unserer Mitte begrüßen die Frau Mag. Regina Fless-Klinger. Liebe Regina, schön, dass du bei uns bist, dass wieder eine Frau nachgefolgt ist auf die Radha. Danke schön.

Wir haben heute, das wird allen schon aufgefallen sein, hier noch einen Gast, den Mike Prager. Wir haben heute den ersten Schritt zu unseren Live-Stream. Es wird heute aufgezeichnet. Es ist eine Testversion, die ist nicht öffentlich und wird auch nicht veröffentlicht. Das dient dann als Grundlage, dass man schaut, ob das für uns passend ist und wie wir da weitertun. Vielen, vielen Dank dem Techniker dahinten. Dann begrüße ich noch unsere Zuhörer und Zuseher.

Und das mache ich auch noch bevor wir anfangen. Wir haben heute ein Geburtstagskind in unserer Mitte. Der Herr Gemeinderat Matthias Kubat hat Geburtstag. Und weil das heute genau auf den Tag ist und du den Abend mit uns verbringst, gratulieren wir dir natürlich herzlich. Aber jetzt, darf ich die Sitzung eröffnen. Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es gab keine Einwendungen.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind der 1. Vizebürgermeister Martin Falb, Gemeinderätin Margit Weiss, Gemeinderat Ruzicka Jürgen, Gemeinderat Manuel Kurzmann. Verspäten zur Sitzung werden sich Gemeinderätin Mag. Alexandra Rester, Stadtrat Dr. Christian Moser, Gemeinderat Allen Ćorković und der Herr Gemeinderat Martin Franta.

Wir haben bevor wir in die Tagesordnung weiter gehen einen Dringlichkeitsantrag, der wurde eingebracht vom Gemeinderat Daniel Pollack und vom Herrn Stadtrat Dietmar Pfeiler. Wir müssen über die Dringlichkeit abstimmen.

Dringlichkeitsantrag gem. § 46 Abs. 3 NÖ GO

Resolution – Öffentlicher Verkehr im Bezirk Korneuburg

Pollak: Dankeschön, es geht um eine Resolution „Öffentlicher Verkehr im Bezirk Korneuburg“. Das Land NÖ ist hinsichtlich der Fläche und der Einwohner das größte bzw. zweitgrößte Bundesland. Daher ist es umso wichtiger alles zu tun, um den Mobilitätsbedürfnis der Menschen in NÖ gerecht zu werden und gleichzeitig den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen.

Das geht nur durch erhebliche Investitionen des Landes in eine leistungsstarke Infrastruktur für öffentliche Verkehrsmittel, sowie dem systematischen und umfassenden Ausbau des Leistungsangebote der öffentlichen Verkehrsmittel – sowohl auf den Bahn-Hauptachsen, wie auch in der Fläche mit zeitgemäßen, attraktiven Bus-Angeboten.

Das Bundesland Vorarlberg beschreitet seit vielen Jahren konsequent und sehr erfolgreich diesen Weg und stellt seiner Bevölkerung flächendeckend an sieben Tagen der Woche ein attraktives Mobilitätsangebot zur Verfügung.

Sieht man sich an, was im Vergleich dazu bisher in NÖ und im Bezirk Korneuburg passiert ist, kann man nur von Lippenbekenntnissen sprechen. Die rund 500 Mio. Euro, die in den letzten fünf Jahren in NÖ investiert werden sollten, haben für die Menschen im Bezirk Korneuburg, insbesondere für das Busangebot der Umlandgemeinden, keine spürbare Wirkung gezeigt.

Die Einführung des Klimatickets hat wesentlich dazu beigetragen, dass das Interesse und die Nachfrage am öffentlichen Verkehr zu stärken. Allerdings reicht ein günstiges Ticket alleine nicht aus, um die Menschen – vor allem in der Fläche – für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen. Dazu braucht es auch ein adäquates Angebot, insbesondere im Busbereich in den Umlandgemeinden.

Um den Zugang zu den hochrangigen öffentlichen Verkehrsachsen sicherzustellen, speziell dort, wo der Ursprung der Pendlerinnen und Pendler im weniger dicht besiedelten, ländlichen Raum liegt, braucht es regelmäßige öffentliche Verbindungen zu den Verkehrsknotenpunkten. Zusätzlich könnten dadurch die Park&Ride-Anlagen entlastet werden.

Bisherige Ansätze, wie z.B. ISTmobil, können einerseits die erforderlichen Kapazitäten nicht bereitstellen und würden bei einem Ausbau und einer notwendigen tariflichen Attraktivierung (z.B: der angedachte Entfall der Zuschläge für Inhaber und Inhaberinnen von Netzkarten) die Grenzen der Finanzierbarkeit durch die Gemeinden überschreiten.

Regionale, gemeindegrenzüberschreitende Mobilitätsangebote können nur durch zusätzliche finanzielle Mittel von Bund und Land im Rahmen der Daseinsvorsorge abgedeckt werden.

ANTRAG

Die österreichische Landesregierung wird aufgefordert,

1. die nötigen infrastrukturellen Maßnahmen im Bezirk Korneuburg und Zusatzbestellungen für die notwendige Leistungsausweitung, welche durch die Einführung des Klimatickets notwendig geworden ist, im öffentlichen Verkehr sicher zu stellen und mit dem Bund zu koordinieren.
2. überall dort, wo der Ursprung der Pendlerinnen und Pendler im weniger dicht besiedelten, ländlichen Raum liegt, regelmäßige und attraktive Verbindungen an 365 Tage im Jahr zwischen den Gemeinden und den Hauptorten des Bezirkes und zu den hochrangigen öffentlichen Verkehrsachsen einzurichten.

Begründung der Dringlichkeit

Der laufende Vertrag für ISTmobil endet in wenigen Monaten, die Entwicklung eines zukunftssträchtigen Angebotes braucht entsprechende Vorlaufzeiten.

Abstimmungsergebnis:

Prostimmen	
ÖVP	14
SPÖ	8
GRÜNE	5
FPÖ	2

Dringlichkeit einstimmig zuerkannt

Gegenstimmen	
ÖVP	0
SPÖ	0
GRÜNE	0
FPÖ	0

Stimmenthaltung	
ÖVP	0
SPÖ	0
GRÜNE	0
FPÖ	0

Genehmigung des Protokolls vom 22.02.2023

Völk! Der Tagesordnungspunkt wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt. Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 22.02.2023 unverlesen zu genehmigen. Die Einwendung vom Gemeinderat Walter Klinger wurde geklärt.

Pfeiler: Ganz kurze Information. Es gab ja bei der letzten Sitzung eine Zuweisung zum Umweltausschuss, betreffend der Maßnahmen in der Au. Dazu möchte ich nur ganz kurz berichten, dass die in Fragen stehenden Maßnahmen zur Aufforstung bis zur Klärung des Sachverhaltes durch das Amt der Landesregierung, Abteilung Naturschutz, ausgesetzt wird. Wir hoffen, dass bis zum Herbst rechtliche Klarheit in Bezug auf die Wiederaufforstungen in der Au besteht.

Völkl: Ich glaube, ich habe das jetzt falsch verstanden. Der Herr Stadtrat Pfeiler meint, dass wir nicht aufforsten dürfen oder ich habe das jetzt akustisch schlecht verstanden.

Pfeiler: Nein, nein. Es ist nur eine Information, weil es einen Antrag gab, der an meinen Ausschuss zugewiesen wurde und ich wollte nur über das Ergebnis der Beratungen im Umweltausschuss kurz berichten. Danke.

Völkl: Bevor wir nun in der Tagesordnung weiter gehen, brauchen wir, da wir ein neues Mitglied haben, die Ergänzungswahlen in die Ausschüsse. Ich berufe zwei Vertrauenspersonen, die diese Wahlen. Ja, haben wir, danke, dann genehmigen wir das Protokoll noch vorher. Dann ersuche ich um Zeichen der Zustimmung. Dankeschön, einstimmig.

Abstimmungsergebnis:		Einstimmig beschlossen			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0

Wahl

2. Berufung von Vertrauenspersonen

Völkl: Wir begrüßen den Herrn Stadtrat Moser. Wir kommen nun zur Berufung von Vertrauenspersonen und zugezogen werden von der ÖVP Herr Stadtrat Dr. Christian Moser und von der SPÖ Herr Daniel Pollak. Ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung.

Abstimmungsergebnis:		Einstimmig beschlossen			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0

3. Ergänzungswahl – Ausschüsse

Völkl: Wir kommen zur Ergänzungswahl in die Ausschüsse. Aufgrund des Ausscheidens von Frau Mag. Radha Kamath-Petters aus dem Gemeinderat sind folgende Ausschüsse neu zu besetzen

- Referat 05 – Soziales, Gesundheit, Bildung und Integration
- Referat 09 – Verwaltung und Digitalisierung
- Mittelschulgemeinde

Aufgrund der Abberufung vom Gemeinderat DI Thomas Muth gemäß § 113 Abs 2 NÖ Gemeindeordnung ist folgender Ausschuss neu zur Besetzung

- Referat 04 – Kultur und Veranstaltungswesen

Für die Besetzung dieser Ausschüsse wurden vom Zustellungsbevollmächtigten der GRÜNEN Fraktion folgende Personen nominiert für

- | | |
|---|------------------------------|
| - Referat 04 – Kultur und Veranstaltungswesen | GR Mag. Regina Fless-Klinger |
| - Referat 05 – Soziales, Gesundheit, Bildung u. Integration | GR Mag. Regina Fless-Klinger |
| - Referat 09 – Verwaltung und Digitalisierung | GR DI Thomas Muth |
| - Mittelschulgemeinde | GR Mag. Regina Fless-Klinger |

Die Wahl ist geheim, Stimmzettel wurden verteilt. Die Vertrauenspersonen zählen dann die Stimmzettel aus. Für den Wahlvorgang wird die Sitzung unterbrochen.

Völk! Dann nehmen wir die Sitzung wieder auf und ich darf das Wahlergebnis verkünden.

- **Es wurde 32 Stimmen abgegeben**
- **32 sind gültig und**
- **es gab zwei Streichungen.**

Liebe Frau GR Regina Fless-Klinger, nimmst du die Wahl an? Dann gratuliere ich herzlich und dankeschön an die Herren. GR DI Thomas Muth, natürlich auch an Sie die Frage, dankeschön. Dann kommen wir zum Bericht des Prüfungsausschusses und der Herr GR Matthias Kubat hat das Wort.

4. Bericht des Prüfungsausschusses

Kubat: Einen wunderschönen guten Abend von meiner Seite. Also, wie gesagt, hinten gibt es Kuchen und so, bitte greift zu.

Zum Bericht des Prüfungsausschusses vom 10.03.2023, den ich Ihnen vorlesen darf.

Anwesend: GR Mag. Matthias Kubat, LL.B. (Vorsitzender), GR Daniel Pollak (stv. Vorsitz.), GR Elenore Kopf, GR Siegfried Gaida, GR Dkkfm. Johannes Bartosch, MMC, GR Christian Rester, GR Michael Polly, GR Wolfgang Mayer, Buchhaltungsdirektor Walter Zimmermann Matthias Binder, Buchhaltung, Karl Zeman, Personalverwaltung – 08:05 Uhr bis 08:20 Uhr

Entschuldigt: GR Matthias Zagler

Ort: Rathaus, kleiner Sitzungssaal von 07:30 – 09:10 Uhr

1) Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2) Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2022

a) Allgemeines

Der Entwurf des Rechnungsabschluss 2022 ist in der Zeit vom 10. bis 27.03.2023 gem. § 83 NÖ GO zur öffentlichen Einsicht aufgelegt und ist auf Basis der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015, kurz VRV 2015 genannt, erstellt worden. Der vorliegende Rechnungsabschluss 2022 ist vollständig, nachvollziehbar und transparent. Die Korrektheit des Rechnungsabschlusses wurde mittels kurzer Berechnung beim Finanzierungshaushalt, Anfangsbestand liquider Mittel plus Veränderung an liquiden Mitteln ergibt den Endbestand liquider Mittel in der Höhe von € 11.757.757,17, nachgewiesen.

Folgende Jahresabschlüsse beteiligter Unternehmungen sind dem beigelegt:

- Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung Stockerau (kurz KIG genannt), 100%ige Beteiligung der Stadtgemeinde Stockerau
- Stockerauer Saubermacher GmbH, 49%ige Beteiligung der Stadtgemeinde Stockerau; ab dem Jahr 2023 hat die Stadtgemeinde Stockerau eine 50%ige Beteiligung
- FD Feuerbestattung GmbH, 5%ige Beteiligung der Stadtgemeinde Stockerau
- Weinviertler EnergiegmbH & Co KG, 9%ige Beteiligung der Stadtgemeinde Stockerau

b) Prüfung

Das Nettoergebnis in der Ergebnisrechnung beläuft sich auf € 5.727.280,57 und beträgt nach Abzug diverser Rücklagen € 2.077.032,32. Bei den Rücklagen ist ein Betrag von € 150.000 für die Strauß-Promenade aufgelöst worden, € 3.800.248,25 sind an die Haushaltsrücklagen zugewiesen worden. Die Summe der Erträge belaufen sich auf € 54.107.050,89. Hierbei sind die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit um € 739.072,44 auf € 49.934.872,44, wie im Voranschlag 2022 geplant, angestiegen. Auch die Erträge aus Transferzahlungen sind um € 1.240.054,54 auf € 3.958.554,54, wie im Voranschlag 2022 vorgesehen, gestiegen; dies resultiert aufgrund einer Steigerung der Ertragsanteile und einer Sonderzahlung des Landes NÖ in Höhe von ca. € 800.000,00.

Im Finanzierungshaushalt belaufen sich die Summe der Einzahlungen der operativen Gebarung auf € 52.711.816,49. Die Summe der Auszahlungen der operativen Gebarung betragen € 43.129.264,58. Somit beläuft sich der Saldo der Geldfluss der operativen Gebarung auf € 9.582.551,91. Bei der investiven Gebarung ist die größte Schwankung bei der Auszahlung. Bei den Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit sind € 23.214.300,00 veranschlagt gewesen, im Rechnungsabschluss 2022 belaufen sie sich auf € 13.562.054,53. Dieser Unterschied in Höhe von € 9.652.245,47 erklärt sich durch die Zurückstellung von Investitionen Grundstücksankäufe in Höhe von ca. € 4,5 Mio., Eisenbahnkreuzungen in Höhe von ca. € 1,2 Mio., PV-Anlage und Kanal; diese sollen im Wirtschaftsjahr 2023 durchgeführt werden. Der Endbestand der liquiden Mittel beläuft sich, wie eingangs erwähnt, per Stichtag auf € 11.757.757,17. Von diesem Betrag sind € 6.406.275,01 an Zahlungsmittelreserven enthalten, da ein Großteil dieses Betrages sich aus einem schon aufgenommenen Darlehen in Höhe von ca. € 3 Mio. für Grundankäufe speist.

Das langfristige Vermögen weist eine Summe von € 155.767.200,82 aus. Dies entspricht einer Veränderung zum Anfangsbestand mit Stichtag 31.12.2021 von € 10.238.982,43. Der Hauptgrund dieser Steigerung ist durch die getätigten Investitionen in das Sachanlagenvermögen (Volksschule, Straßen, Grundstücksankäufe etc.) begründet, das somit um € 9.789.346,71 gestiegen ist. Die Bilanzsumme beträgt € 170.405.192,33.

Im Wirtschaftsjahr 2022 sind insgesamt neue Darlehen in Höhe von € 12.424.819,95 aufgenommen und € 5.075.602,63 an Darlehensrückführungen getätigt worden. Der Schuldenstand der Stadtgemeinde ist vom 31.12.2021 von € 54.176.560 auf € 61.525.777 gestiegen. Der Großteil der Schuldenaufnahmen sind für den Umbau der Volksschule (Teilzahlung von € 4 Mio.), Infrastrukturmaßnahmen für Straßen in Höhe von € 400.000, der Wasserversorgung in Höhe von € 700.000, der Abwasserbeseitigung in Höhe von € 1,3 Mio. und Grundankäufe in der Höhe von € 6 Mio. getätigt worden.

Zum Rechnungsabschluss 2022 sind noch weitere Kenngrößen herauszulesen:

- Die Haftungen sind von € 46.408.354 zum Rechnungsabschluss 2021 auf € 53.376.573 gestiegen. Die Erhöhung der Haftung begründet sich in der KIG, die für die Sanierung des Wohngebäudes Schaumannsgasse 18 (Lindenhof) ein Darlehen aufgenommen hat. Eine Rückstellung für die Haftungen seitens der Stadtgemeinde ist nicht notwendig, da die Wahrscheinlichkeit eines Haftungseintritts wegen des soliden Eigenkapitals der KIG laut Auskunft der Buchhaltungsabteilung als sehr gering angesehen werden kann.
- Die Summe der Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit im Ergebnishaushalt in Höhe von € 49.934.872,44 gliedern sich wie folgt auf:
 - 40% sind Erträge aus Ertragsanteilen in Höhe von € 20.221.073,78
 - 21% sind Erträge aus Gebühren (Kanal, Wasser, Müll, etc.) in Höhe von € 10.463.525,20
 - 19% sind Erträge aus eigenen Abgaben in der Höhe von € 9.542.429,20
- Die Ertragsanteile aus der operativen Verwaltungstätigkeit im Ergebnishaushalt in Höhe von € 20.221.073,78, fließen etwa zur Hälfte wieder an Umlagen das Land NÖ zurück:
 - NÖKAS-Umlage (Krankenhausfinanzierung): € 5.308.038
 - Sozialhilfeumlage (Finanzierung von Sozialeinrichtungen z.B. Pflegeheime): € 3.426.489
 - Kinder- und Jugendhilfeumlage: € 616.735
- Die Personalkosten betragen € 15.301.013, die Dotierung der Personalarückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder belaufen sich auf € 846.847.
- Das kumulierte Haushaltspotential von € 3.514.965,30, wird ins Folgejahr übertragen

c) WISTO

Im Zuge der Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2022 hat sich der Prüfungsausschuss die WISTO, Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft, angesehen. Im Laufe des Wirtschaftsjahres 2022 hat die Stadtgemeinde der WISTO monatlich € 5.000,00, insgesamt € 60.000,00, an Förderungen überwiesen. Auf Nachfrage eines Rechenschaftsberichtes über die ausgezahlten Förderungen liegt der Stadtgemeinde keiner vor.

Des Weiteren hat die Stadtgemeinde von der WISTO Gutscheine für den Fahrkostenzuschuss der Studierenden, für die Impf- wie Teststraße wegen der Covid 19-Pandemie und für Kinder Weihnachtsaktion eingekauft. Folglich beläuft sich die Summe aller getätigten Zahlungen der Stadtgemeinde, also die ausgezahlte Förderung mitsamt dem Einkauf der WISTO-Gutscheine, an die WISTO für das Jahr 2022 auf € 118.240,00.

Die WISTO ihrerseits hat Inserate in der Stadtzeitung „Unsere Stadt“ gekauft, insgesamt sind € 8.764,88 hierfür angefallen. Insgesamt waren per 31.12.2022 € 5.436,21 an Forderung seitens der Stadtgemeinde Stockerau gegenüber der WISTO offen.

3) Allfälliges

Eine weitere Anfrage des Prüfungsausschusses hat eine Aussendung einer Wahlwerbung der ÖVP im Namen der Bürgermeisterin Mag. (FH) Völkl während des Landtagswahlkampfes betroffen. Es ist gefragt worden, ob diese Aussendung seitens der Stadtgemeinde Stockerau bezahlt worden wäre. Buchhaltungsdirektor Zimmermann hat sich die Rechnungen der Post an die Stadtgemeinde Stockerau überprüft und versichert dem Prüfungsausschuss, dass diese Aussendung nicht von der Stadtgemeinde Stockerau bezahlt worden ist.

Der Prüfungsausschuss hat diskutiert wie und ob die Personalkosten überprüft werden können, dazu wird noch seitens des Vorsitzenden mit Herrn Zeman aus der Personalamt das Gespräch gesucht und das Ergebnis dieses Gespräches mit den Mitgliedern des Prüfungsausschusses der einzelnen Gemeinderatsfraktionen mitgeteilt und Rücksprache gehalten. In dieser Ausschusssitzung ist angedacht stichprobenartig die Einteilung der Gemeindebediensteten in den einzelnen Verwendungsgruppen gemäß Gemeindebedienstetenordnung (Zuordnung der Dienstposten zu den Funktionsgruppen, Einhaltung der Nebengebührenordnung, etc.) zu überprüfen.

Des Weiteren wird sich der Prüfungsausschuss in einer der nächsten Sitzungen, spätestens im Juni, der Stockerauer Au widmen und den Förster Herrn Michael Gruber einladen.

Der nächste Prüfungsausschuss wird voraussichtlich am 05.05.2023 um 07:30 Uhr stattfinden.

4) Gebärungsprüfung

I. ISTBESTÄNDE lt. beiliegendem Tagesbericht vom 28.02.2023: € 17.098.757,56

II. SOLLBESTÄNDE

Aus der Gegenüberstellung von Istbestand lt. Tagesbericht und Sollbestand ergibt sich eine vollständige Übereinstimmung.

Dummer: Nur, dass da kein falscher Eindruck entsteht. Der Kauf der Gutscheine ist natürlich keine Zuwendungen für die WISTO, sondern eine Förderung der Unternehmen in Stockerau, weil damit die Kaufkraft in Stockerau gehalten wird. Ich war lange Jahre Kassier in der WISTO und die Gutscheine ist ein Kostenfaktor. Die WISTO verdient da nichts daran, sondern im Gegenteil, das sind Kosten und das kommt zur Gänze der Wirtschaft zu Gute.

Völkl: Dankeschön. Dann kommen wir zur Abstimmung mit der Bitte um Kenntnisnahme. Ich ersuche um ein Zeichen. Ich sehe hier Einstimmigkeit.

Abstimmungsergebnis:

Prostimmen
ÖVP 15
SPÖ 8
GRÜNE 5
FPÖ 2

Einstimmig zur Kenntnis genommen

Gegenstimmen
ÖVP 0
SPÖ 0
GRÜNE 0
FPÖ 0

Stimmenthaltung
ÖVP 0
SPÖ 0
GRÜNE 0
FPÖ 0

Völkl: Dankeschön. Ich muss noch einmal zur Wahl zurückkommen. Das Unglaubliche ist passiert. Es gibt eine Korrektur, eine Berichtigung, die ich hier bekannt geben muss.

- **Es wurden 30 Stimmen abgegeben und**
- **30 sind auch gültig**
- **28 sind ohne Streichung, 2 Stimmzettel mit Streichung**

Osmanovic verlässt die Sitzung 19:12 Uhr

Ref. 03 – Anträge Stadtrat Finanzen

5. Jahresabschlüsse 2021 ausgegliederter Unternehmen

Dummer: Einen schönen Abend. Mein erster Tagesordnungspunkt sind die Jahresabschlüsse der ausgegliederten Unternehmen. Den Großteil hat Herr Mag. Kubat schon vorweggenommen. Ich werde trotzdem versuchen es halbwegs spannend und kurz zu halten. Gemäß § 68a der NÖ Gemeindeordnung sind von ausgegliederten Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die unter beherrschenden Einfluss einer Gemeinde stehen, die geprüften Jahresabschlüsse, einschließlich der geprüften Lagebericht vom Bürgermeister diese mit dem nächstfolgenden Rechnungsabschluss den Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

In der Beilage werden von folgenden Unternehmungen die Jahresabschlüsse dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

- Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungs GmbH – Jahresabschluss 2021
- Stockerauer Saubermacher GmbH – Jahresabschluss 2021
- FD Feuerbestattung GmbH – Jahresabschluss 2021
- Weinviertel Energie GmbH 2021/2022

ANTRAG

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgende beiliegende Jahresabschluss inklusive der angeschlossenen Berichte werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

- Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungs GmbH – Jahresabschluss 2021
- Stockerauer Saubermacher GmbH – Jahresabschluss 2021
- FD Feuerbestattung GmbH – Jahresabschluss 2021
- Weinviertel Energie GmbH 2021/2022

Völkl: Wenn es keine Wortmeldungen gibt, kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche Sie um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis:

Prostimmen

ÖVP 15

SPÖ 7

GRÜNE 5

FPÖ 2

Einstimmig zur Kenntnis genommen

Gegenstimmen

ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

Stimmenthaltung

ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

Osmanovic nimmt an der Sitzung wieder teil 19:12 Uhr

6. PV-Bürgerbeteiligung – Sale and lease back Modell

Dummer: Der Gemeinderat der Stadtgemeinde hat die Errichtung von fünf Photovoltaik-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 637 kWp auf den Dächern der Volksschulen West (81 kWp) und Wondrak (159 kWp), den Mittelschulen (81 kWp), der Milleniumshalle (103 kWp) und der Kläranlage (213 kWp) beschlossen.

Die Finanzierung der PV-Anlagen soll neben der Investitionsförderung durch den Klima- und Energiefonds über eine „Sonnenkraftwerk Stockerau“ Bürgerbeteiligung erfolgen. Bei diesem Kooperationsprojekt zwischen der Stadtgemeinde, der Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ und der KEM 10 vor Wien können sich die BürgerInnen an den PV-Anlagen beteiligen und dabei den Ausbau von erneuerbaren Energieanlagen unterstützen und damit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Die Umsetzung des PV-BürgerInnenbeteiligungsprojektes erfolgt mittels Sales & lease back Modell, welches von der Energie- & Umweltagentur des Landes NÖ mitentwickelt wurde. Dabei verkauft die Stadtgemeinde den BürgerInnen Photovoltaik-Paneele. Mit dem dadurch eingenommenen Geld werden PV-Kraftwerke errichtet, dazu werden wiederum die PV-Paneele benötigt weshalb diese von den Bürgerinnen und Bürgern zurückgeleast werden. Als Gegenleistung bekommen die BürgerInnen Leasingentgelte.

Bereits am 16.02. erfolgte zum Sonnenkraftwerk Stockerau eine Informationsveranstaltung in der Raiffeisenbank Stockerau, damit startete auch das Sonnenkraftwerk-Projekt für die 1.500 Sonnenbausteine (Paneele). BürgerInnen mit Wohnsitz in Stockerau haben dabei die Möglichkeit, sich an der Errichtung ab einem Betrag von € 600,- für einen Sonnenbaustein bis maximal € 6.000,- für zehn Sonnenbausteine zu beteiligen. Das Sale & lease back Finanzierungsvolumen beträgt daher in Summe € 900.000,-. Für die Beteiligung am Sonnenkraftwerk Stockerau erhalten die BürgerInnen jährlich über einen Zeitraum von zehn Jahren eine fixe Leasingrate von € 70,34 pro Paneel. Das Leasingentgelt setzt sich aus zwei Bestandteilen zusammen, einerseits aus der Rückzahlung des Kaufpreises und andererseits aus den Zinsen. Aus den € 600,- Kaufpreis erhalten die BürgerInnen somit € 703,40 an Rückzahlung. Die Zahlungen werden einmal jährlich, jeweils im Nachhinein am 31.05. eines jeden Jahres fällig, erstmalig am 31.05.2024. Der Stadtgemeinde Stockerau entstehen bis 2033 jährliche Kosten in Höhe von maximal € 105.510,- (1.500 Paneele x € 70,34 Rückzahlung pro Paneel).

Aufgrund der aktuellen Rechtslage und Information vom Land/IVW3 bleibt die Stadtgemeinde Stockerau wirtschaftlicher Eigentümer der Paneele und daher ist das Bürgerbeteiligungsmodell als Darlehen zu werten und im Voranschlag zu berücksichtigen. Derzeit ist im Voranschlag 2023 die Finanzierung über Kapitaltransfer vorgesehen. Im Nachtragsvoranschlag 2023 wird der Ausweis als Investitionsdarlehen abgeändert.

ANTRAG

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Finanzierung der geplanten Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Volksschulen West (81 kWp) und Wondrak (159 kWp), den Mittelschulen (81 kWp), der Milleniumshalle (103 kWp) und der Kläranlage (213 kWp) durch ein Sale and lease back Bürgerbeteiligungsmodell in Höhe von € 900.000,- wird genehmigt. Die Stadtgemeinde Stockerau darf das durch den Verkauf eingenommene Entgelt ausschließlich für die Anschaffung der PV-Paneele und der sonst zur Errichtung der PV-Anlage erforderlichen Maßnahmen und Komponenten sowie für den Betrieb und der erforderlichen Instandhaltung der PV-Anlage verwenden.

Pro Paneel ist über einen Zeitraum von 10 Jahren eine fixe Leasingrate (inkl. Zinsen und Rückzahlung) von € 70,34 an die beteiligten BürgerInnen auszubezahlen. Die jährlichen Kosten für die Stadtgemeinde betragen maximal € 105.510,- für 1500 Paneele, erstmalig fällig am 31.05.2024 bis 31.05.2033.

Gemäß § 90 der NÖ Gemeindeordnung liegt der Betrag unter der Wertgrenze und ist daher nicht genehmigungspflichtig.

Die Darlehen durch die Bürger werden im Nachtragsvoranschlag 2023 im Vorhaben „1000088 Photovoltaikanlagen“ berücksichtigt.

Pollak: Ja, vielen Dank, dank Herr Stadtrat. Erstmal möchte ich meiner Freude Ausdruck verleihen, dass das gelungen ist, das in der Form aufzustellen. Vielen Dank dafür. Und ich hätte eine Frage, wie ist es derzeit mit der Auslastung dieser „Sale and lease back Modell“? Wie liegen wir da im Plan?

Dummer: 900.500 sind verkauft. Bis 31.05. läuft es noch. Alle, die übrig bleiben, kaufen wir und dann ersparen wir uns die 3% Zinsen. Aber ich hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger auch zahlreich davon Gebrauch machen und diese Module erwerben. Es ist auch sicher eine attraktive Veranlagung und die Gemeinde ist ein zuverlässiger Schuldner, wie der Herr Mag. Kubat gerade ausgeführt hat,

Pfeiler: Es freut uns sehr, dass es jetzt zu der Einrichtung dieses „Sale and lease back Modell“ mit Bürgerbeteiligung kommt. Ihr werdet euch erinnern, immer wenn wir irgendwelche Teil-Beschlussfassungen hatten für die Errichtung diese PV-Anlagen habe ich immer gesagt, ja und wann kommt die Bürgerbeteiligung? Und ja, danke, dass das jetzt aufgenommen wurde und umgesetzt wird. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit geben an dieser dringend notwendigen Energiewende sich beteiligen zu können. Nicht jeder hat die Möglichkeit am eigenen Dach zu errichten und da ist es einfach möglich, dass jeder Teil von dieser notwendigen Energiewende wird. Natürlich wäre es möglich gewesen, dass sich die Stadtgemeinde einfach einen Kredit nimmt und so diese PV-Anlagen finanziert, aber ich glaube ist ein ganz wichtiges Signal, dass man das über die Bürgerbeteiligung macht, wofür ich mich jetzt auch bedanken möchte.

Völkl: Dankeschön. Dann kommen wir zur Abstimmung, wenn es keine Wortmeldung mehr gibt und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit und bedanke mich.

Abstimmungsergebnis:		Einstimmig beschlossen			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0

Franta nimmt an der Sitzung teil 19:23 Uhr

7. Rechnungsabschluss 2022

Dummer: Dann kommen wir zum Rechnungsabschluss 2022. Die eine oder andere Zahl hat der Herr Mag. Kubat schon erwähnt. Ich werde aber trotzdem nicht ganz ohne Zahlen auskommen.

Der Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2022 wurde nach den geltenden Vorschriften erstellt und ordnungsgemäß auch aufgehängt, rechtzeitig, sodass keine Stellungnahme zum Rechnungsabschluss schriftlich eingegangen ist. Soweit ich weiß, die Zahlen kurz im Überblick stellen sich so dar. Wir haben Einnahmen gehabt von 450,1 Millionen Euro, das ist um gut 2 Millionen mehr als geplant und um rund 1,9 Millionen Euro mehr als im Jahr 2021. Zum Jahresende ist da noch ein Segen vom Land NÖ dazu gekommen, wo wir uns herzlich bedanken. 800.000 Euro wurden dann auch aus den Reserven des Landes ausgeschüttet, an alle Gemeinden und auf uns sind eben 800.000 Euro gefallen. Wir haben das für den ordentlichen Haushalt nicht gebraucht und haben das zurückgelegt für die Projekte des heurigen Jahres, Volksschule oder wofür immer wir das Geld dann brauchen. Auf der anderen Seite haben wir € 48,4 Mio. gerundet Ausgaben gehabt, es waren 270.000 Euro mehr als geplant. In Summe sind aber doch 5,7 Millionen Euro übrig geblieben. Das waren 1,7 Millionen Euro mehr als geplant. Davon haben wir 3.650.000 Euro in die Rücklagen zurückgelegt, für

eben kommende Projekte und haben dann netto einen Überschuss im Ergebnishaushalt von nicht ganz 2,1 Millionen Euro.

Was durchaus als erfreulich zu sehen ist, im Finanzierungshaushalt ist der Überschuss 4.168.000 Euro gewesen und wir haben eben wie schon erwähnt vom Herrn Mag. Kubat 11,7 Millionen liquiden Mitteln, also Kassenstand nicht Minus, sondern Plus gehabt. Davon waren 6,4 Millionen Rücklagen an das Haushaltspotential kumuliert. Also das, was wir sozusagen am Potential haben für Investitionen sind 3,5 Millionen Euro aus den letzten Jahren zusammengerechnet.

Die größten Positionen waren natürlich die Ertragsanteile, die 20 Millionen Euro. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass die Gebühren 10,5 Millionen Euro fasst. Da bedanke ich mich bei allen Bürgerinnen und Bürger, die regelmäßig ihre Gebühren bezahlen. Das erleichtert in unserer Buchhaltung natürlich die Arbeit sehr, wenn die Gebühren regelmäßig kommen. Genauso erfreulich ist, dass die Kommunalsteuer höher war als im Jahr davor. Also fast 7 Millionen Euro, 6.958.000 Euro kommen aus der Kommunalsteuer. Durchaus eine positive Entwicklung und auch die Grundsteuer mit fast 1,5 Millionen Euro trägt wesentlich zum Haushalt bei. Das sind alles eben Beiträge, die von den Bürgern kommen, von den Unternehmen kommen und da bedanken wir uns recht herzlich.

Auf der anderen Seite sind natürlich die Personalkosten der größte Faktor, das sind 15,3 Millionen Euro gewesen und etwas höher, als im Jahr davor, aber etwas niedriger als im Budget. Und die Umlagen mit 11,1 Millionen Euro machen natürlich auch einen großen Posten aus. Aber es sind auch wichtige Dinge, die damit bezahlt werden. Das ist einfach das Schul- und Kindergartenwesen, die Jugendwohlfahrt und das Gesundheitswesen. Das sind wichtige Aufgaben, die das Land da wahrnimmt. Das könnten wir als Gemeinde nicht stemmen.

Die Darlehen sind um 7,3 Millionen Euro gestiegen. Auf der anderen Seite haben wir aber 13,1 Millionen Euro investiert. Einen Teil haben wir aus Eigenem gestemmt, einen Teil haben eben die Darlehensverbindlichkeiten erhöht. Die Leasingverbindlichkeiten sind um 500.000 Euro gesunken, wir haben nur mehr 768.000 Euro Leasingverpflichtungen. Also, das geht schon langsam dem Ende zu. Neue Leasingverträge haben wir in letzter Zeit auch keine aufgenommen in Summe.

Das Vermögen der Stadt ist 170 Millionen Euro. Dem gegenüber stehen eben die Schulden vom Leasing mit 62 Millionen Euro. So viel zu dem. Die Forderungen, die wir an unsere Bürger rinnen und Bürger gehabt haben, waren 2,6 Millionen Euro. Allerdings davon entfällt der Großteil auf Forderungen gegenüber dem Land und Bund, nämlich 1,2 Millionen Euro. Die Bürger selbst haben uns nur 1,3 Millionen Euro geschuldet am Jahresende, die Rechnungen werden aber größtenteils laufend bezahlt. Wir unsererseits haben 929.000 also 930.000 Euro Schulden gehabt. Das sind teilweise auch Rechnungen gewesen, die erst kurz vor dem Jahresende gekommen sind, die haben wir im Jänner bezahlt, also üblicherweise haben wir so 400.000 Euro außen stehende Rechnungen. Ist das jetzt nicht erschreckend? Ja, so viel zu dem. Die Investitionen, wie schon erwähnt, gingen größtenteils natürlich in die Volksschule, ein sehr wichtiges Projekt sind Straße, Wasser, Kanal, weil da immer die Frage ist, was wir mit unseren Überschüssen machen. Da haben wir also in Summe sehr viel investiert in diesem Bereich. Fast 4 Millionen Euro, die wir in Straßen, Wasser und Kanal investiert haben und in Grundkäufe haben wir auch über 3 Millionen Euro investiert. Das geht in Richtung eben Betriebsansiedlung, wo wir Flächen versuchen zu sichern und natürlich auch für die eine oder andere Wohnnutzung, weil unsere jungen Bürgerinnen und Bürger. Ja, so viel einmal ein erster Überblick vom Rechnungsabschluss. Wenn es dazu Fragen gibt, stehe ich gerne zur Verfügung.

Der Rechnungsabschluss selbst hat 546 Seiten, die der Herr Direktor Zimmermann und der Herr Binder, der dem Direktor Zimmermann ja nachfolgen wird im Laufe des Jahres gemeinsam erstellt haben mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ich bedanke mich recht herzlich für die viele Arbeit, die da dahinter gesteckt ist. Das ist ja nicht nur so, dass man diese 546 Seiten zusammenstellen muss, man muss ja jede einzelne Zahlung auch buchen und jede einzelne Rechnung und das ist mächtig viel Arbeit. Das sind viele Belege, die wir da im Jahr zu bewältigen haben, dass das ordentlich gemacht wird. Danke vielmals.

Kubat: Vielen Dank. Ich würde gerne Ihren Bericht des Rechnungsabschlusses zum Haushaltspotential. Da hatte eigentlich die Gemeinde Glück, muss man sagen. Warum hat sie Glück? Weil die Ertragsanteile mehr eingenommen worden sind als erwartet und zwar um € 1,2 Mio. Das andere ist zu den Investitionen, die der Herr Dummer schon ausgeführt hat. Er sagte, € 7 Mio. wurden an Schulden aufgenommen, so habe ich das verstanden. In Wirklichkeit wurden € 12,4 Mio. aufgenommen an Darlehen. Er kommt auf die € 7 Mio. deswegen, weil wir haben € 5 Mio. an Darlehen zurückgezahlt, aber aufgenommen wurden € 12,4 Mio. für Investitionen. Wenn man sich die Investitionen dann anschaut, ging ein Großteil des Geldes an Straßen, Wasserversorgung, Kanal, Grundstücksankäufe und natürlich in die Volksschulen. Das ist jetzt auch der Grund, warum wir uns als Gemeinderatsfraktion dem Rechnungsabschluss enthalten, weil wir nicht inhaltlich zustimmen. All diese Investitionen sind notwendig, keine Frage, aber es sind eigentlich Instandhaltungsmaßnahmen. Wenn die Straße ein Schlagloch hat, dann muss man sanieren, die Wasserversorgung muss man auch machen. Wenn die Stadt wächst, dann braucht man natürlich eine größere Volksschule, ist auch klar. Aber was wir vermissen sind eigentlich auch Investitionen, die Impulse in die Stadt geben für die Zukunft. Zum Beispiel, wir reden schon seit Jahren über eine Begegnungszone im Stadtzentrum oder ein Kulturzentrum etc., also wirkliche Zukunftsimpulse in dieser Stadt, die vermissen wir. Zum anderen noch, weil sie sagten das mit den liquiden Mitteln. Der Endstand beläuft sich auf € 7 Mio., aber vor allem liegt darin, weil man da auch Darlehen für die Grundstückskäufe abgerufen hat und nicht so viele Grundstückskäufe getätigt hat, wie vorgesehen. Dadurch ist auch eine Zahlungsmittelreserve von den Grundstücken aus den Darlehen genommen worden.

Scheele: Ich bedanke mich beim Herrn Gemeinderat Kubat für die wie immer sehr politische, aber auch kompetente Betrachtung des Rechnungsabschlusses. Der Herr Finanzstadtrat möchte noch eine Ergänzung machen.

Dummer: Natürlich gehört Glück dazu, aber wir haben in dem Fall das Glück des Tüchtigen gehabt. Impulse setzen wir, das hat mit den Grundankäufen zu tun, das dient Betriebsansiedelungen, das dient eben auch entsprechend adäquaten Wohnraum für unsere Bürgerinnen und Bürger. Das sind alles Impulse, die da auch enthalten sind. Ich habe natürlich auf die Entwicklung des Darlehens verwiesen und das ist eben um diese € 7 Mio. gestiegen. Das wir mehr aufgenommen, als getilgt haben, aber der Darlehensstand ist um € 7 Mio. gestiegen. Das dürfte vielleicht falsch rübergekommen oder falsch verstanden worden sein.

Pfeiler: Wie jedes Jahr blicke ich auch in die Entwicklung der Volkszahl, die ja im Rechnungsabschluss gut dokumentiert ist und auch im letzten Jahr hat die Volkszahl, also die Einwohnerzahl laut Rechnungsabschluss stagniert und es liegt eigentlich seit 2018, also seit mittlerweile fünf Jahren, 2018 bis 2022 jeweils knapp unter 17.000 Einwohner und Einwohnerinnen. Wenn man aber bedenkt, wie viele Bautätigkeit es in der Stadt gab, ja an jeder Ecke und an jedem Ende sind Siedlungen und Wohnungen entstanden. Da muss man sich die Frage stellen, wohnt in diesen Wohnungen niemand drinnen? Ich denke, es wäre einmal Zeit, das zu analysieren und da einmal einen Blick darauf zu werfen, eventuell vielleicht auch in einem Ausschuss, wie das einfach zusammen passt, diese rege Bautätigkeit und Wohnraum und die wirklich stagnierende Zahl an Einwohnerinnen und Einwohner, da mal dahinter zu kommen. Was da eigentlich im Hintergrund abläuft im Bereich der Bautätigkeit in Stockerau. Dankeschön.

Dummer: Die Antwort darauf, also die Zahl, die wir da im Rechnungsabschluss haben, ist vom Oktober 2021, das hinkt immer ein bisschen nach. Die Wohnungen beim Freibad oben sind natürlich später vergeben worden, erst dem Lauf des Jahres 2022. Die werden sie erst im Rechnungsabschluss 2023 dann im Niederschlag finden, weil da die Statistik Austria immer ein Jahr hinterher hängt.

Koll: Zu diesen Zahlen von den Einwohnern, gibt es natürlich in Stockerau das Phänomen, dass in Wirklichkeit nicht 17.000 sondern 19.000 Leute in Stockerau wohnen, die allerdings

und das in großer Zahl, hier den Nebenwohnsitz hat, was möglicherweise mit den Parkpickerl in Wien zu tun hat. Das muss man schon bedenke dabei und von dem großvolumigen Wohnungsbau ist natürlich sehr viel noch nicht fertig. Das sind Projekte, die relativ langsam, die jetzt erst besiedelt werden, wie der Herr Stadtrat Dummer gerade gesagt hat. Das heißt, in Wirklichkeit steigt die Einwohnerzahl, wenn man die nimmt, die hier wohnen, die hier leben, die hier einkaufen und so weiter, die steigt sehr wohl. Danke.

Völkl: Gestern haben wir zufällig eine Einwohner-Abfrage gemacht am Bürgerservice und da sind 19.400 Einwohner herausgekommen und Hauptwohnsitze sind es 17.000. Das ist aktuell, März 2023.

Pfeiler: Ein mir ein wichtiger Teil ist ja schon aufgeklärt. Mir ist natürlich klar, dass die Wohnungen in der Gustav Mahler-Promenade da noch nicht enthalten sein können, weil eben die Wohnung noch nicht besiedelt sind. Letzten Endes wäre es interessant sich zu überlegen, wie gelingt es, die Nebenwohnsitze zu Hauptwohnsitzen zu machen, weil sich das natürlich positiv auswirken würde auf unsere Ertragsanteile. Also, ich denke, es wäre schon einen Gedanken wert, wie können wir hier den tatsächlichen Lebensmittelpunkt auch zu einem Meldemittelpunkt im Sinne des Hauptwohnsitzes machen? Danke.

Pohl: Schuldenfehlinvestitionen kann man machen in die Geschäftsgebarung, so wie es früher war, da haben wir uns immer dagegen verwehrt. Es ist wichtig auch in die Infrastruktur zu investieren bei den Grundstücken, Wirtschaft, ja. Und bevor wir wieder beginnen weitere Grundstücke an Wohngesellschaften zu vergeben, müssen wir unbedingt vorher die restliche Infrastruktur in Stockerau auf den aktuellen Stand bringen. Danke.

ANTRAG

Dummer: Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, Der Rechnungsabschluss der Stadtgemeinde Stockerau für das Finanzjahr 2022 wird mit sämtlichen Beilagen vom Gemeinderat genehmigt.

Völkl: Ich ersuche um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den vorliegenden Rechnungsabschluss zustimmen. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der ÖVP, der Fraktion der SPÖ und der Fraktion der FPÖ. Enthaltungen? Die Fraktion der Grünen.

Abstimmungsergebnis:		mehrheitlich beschlossen			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	16	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	0	GRÜNE	5
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0

Setki verlässt die Sitzung 19:40 Uhr

8. Erweiterung der Beauftragungssumme – Sanierung – WC Erholungszentrum

Dummer: Nachdem wir festgestellt haben, dass die Wasserleitungen alle verrostet sind, haben wir auch eine Kanalbefahrung gemacht, weil irgendwoher muss ja die feuchte Wand kommen. Da haben wir festgestellt, dass der Kanal mehrfach gebrochen ist und im Prinzip komplett zu erneuern ist. Das erhöht natürlich die Kosten und die notwendigen Arbeiten erheblich. Jetzt haben wir gesagt, insofern macht es Sinn, da einmal einzugreifen. Also es sind jetzt zusätzlich folgende Beauftragung notwendig für die Kanalarbeiten. Das Material ist von der Firma Kontinentale um € 1.277,19 zu kaufen und die Grabungsarbeiten macht die Firma Watzinger um € 6.116,21. Das Angebot für die grabenlose Sanierung, also mit Inliner, war also sehr viel höher bei fast € 40.000 für die ganze sanitäre Lüftung. Wir haben dort auch keine Lüftung, wir

haben kein Warmwasser bei den Waschtischen, das ist auch immer ganz Standard. Spätestens seit Corona sollten wir bei einem Waschtisch ein Warmwasser haben, also sämtliche Wasserleitungen sind zu errichten. Neu ist, wir machen jetzt Hänge-WCs, das ist auch hygienischer und von der Reinigung leichter. Wir werden die Lüftungsanlage einbauen, weil da gibt es keine und wir bauen eben jetzt zwölf Hänge-WCs, davon ist eines ein behindertengerechtes, fünf Urinale und fünf Waschtische mit allen Armaturen und allem, was dazu gehört, inklusive Trennwände und das günstigste Angebot hat ursprünglich schon und jetzt auch die Firma Quasnitschka gelegt. Die sind schon beauftragt und die zusätzlichen Mehrkosten für das, was da jetzt alles dazu gekommen ist, sind € 29.316,70. Ursprünglich war nur gedacht den Bestand auszutauschen, jetzt ist es eine komplette Erneuerung.

Die Durchführung der Abbruch-, Stemm-, Maurer-, Trockenbau- und Malerarbeiten erfolgt durch unsere Mitarbeiter des Wirtschaftshof und des Erholungszentrums. Dafür brauchen wir aber auch Material von € 12.000.

Für die Fliesenlegerarbeiten haben wir auch zwei Angebote eingeholt. Der dritte Firma hat keine Angebot gestellt, weil er keine Kapazität hat. Günstigster Anbieter ist auch hier die Firma Quasnitschka mit €11.546,88 netto.

Für die Schlosserarbeiten, weil wir ein zusätzliches Portal brauchen, für das barrierefreie WC, haben wir ein Angebot von der Firma Ruzicka mit € 5.577 netto bekommen.

Für die statische Überarbeitung hat der Herr Ing. Spitzer ein Angebot über € 1.400 netto gelegt. Als Reserve für Mehrkosten und Nachträge für Unvorhergesehenes soll eine Reserve eben von € 8000 netto eingeplant werden, ja, weil man eben bei alten Gebäude und das haben wir gelernt, das nicht alles so genau vorhersehen kann, was da noch auf einem zukommt, wenn man dann einmal aufstemmt oder heute die Leitungen neu verlegt, aber sonst ist eigentlich alles drinnen. Und die Gesamtkosten dieses Projektes inklusive der Reserve sind jetzt € 111.401 und im Budget waren vorgesehen € 34.000 im Voranschlag und die Differenz ist dann im ersten Nachtragsvoranschlag aufzunehmen.

Wir werden noch Ansuchen um die Sportplatzförderung beim Land NÖ. Dafür haben wir ja die eine oder andere Rücklage.

ANTRAG

Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Beauftragung

- Kanalerneuerung – Firma Kontinentale in Höhe von 1.277,19 € netto sowie Grabungsarbeiten – Firma Watzinger mit einer Summe von € 6.116,21 netto
 - Mehrkosten der Installationsarbeiten – Firma Quasnitschka in Höhe von € 29.316,70 netto
 - Budget für Materialeinkäufe – Wirtschaftshof in Höhe von € 12.000,- netto
 - Abdichtungs- und Fliesenlegerarbeiten – Firma Quasnitschka von € 11.546,88,- netto
 - Schlosserarbeiten – Firma Ruzicka in Höhe von € 5.577,- netto
 - statisch konstruktiven Bearbeitung – DI Peter Spitzer, Zivilingenieur – von € 1.400,- netto;
 - sowie eine Reserve für Mehrkosten und Nachträge in Höhe von maximal 8.000 € netto
- wird genehmigt.

Die Überschreitung des im Voranschlag 2023 genehmigten Budgets, sowie mögliche Förderungen und Versicherung, Entschädigungen sind dann in den ersten Nachtragsvoranschlag 2023 aufzunehmen.

Pohl: Halleluja, ordentlich. Danke, Gerhard. Ich habe, wie ich Sportstadtrat geworden, bin so wie in der Alten Au oben alles angeschaut und ich habe auch gesehen, vielen Sachen sind retro, das sind diese kleinen Häuschen, wo man sich draußen umziehen kann. Aber das habe ich von Anfang an gesagt, dass das gemacht gehört. Es musste leider erst eskalieren im Sommer, dass das Ganze in die Hand genommen wird. Wir haben das auch im Sportausschuss angeschaut, da wurde auch festgestellt, dass das WC nicht mehr zeitgemäß ist, um ein modernes Wort zu verwenden. Es freut mich, dass wir das jetzt ordentlich machen. Damit ich es einmal auch öffentlich sage, so wie in der alten Au, wo ich es in kleinen Rahmen immer gesagt habe: „Ich ersuche um eine Überprüfung der gesamten Anlage und dann noch einen Sanierungsplan, damit solche Sachen nicht vorkommen. Die ganzen Rohre, die Elektrik, die ganze Fassade, ich habe gehört, es gibt schon Untersuchungen im Hallenbad. Im Trakt,

wo die Kabinen oben sind, da gehört eine Lüftung hinein. Die Zugänge gehören auch modernisiert vielleicht mit einem elektronischen System. Vor allem aber die ganze Technik ist wichtig, dass man sich die anschaut. Ich glaube, ich Kühlung haltet auch nicht lang. Und etwas, was wir glaube ich, alle nicht wollen ist, dass wir nächstes Jahr keinen Eislaufplatz haben. Auch die vorgeschlagene Überdachung oder eine Halle für den Eislaufplatz, dass man das zumindest langfristig plant. Da könnte man dann auch mehr Mehreinnahmen lukrieren, weil man die Saison verlängern kann, mehrere Eiscos machen kann, bei der Kühlung sparen kann. Also ich glaube, da ist viel Potential da und dass man wirklich auch weiter in die Zukunft schaut. Weitere WC-Anlagen, Wasserduschen im Bereich, wo früher das Tauch-becken war. Dort ist einfach auch der kürzeste Weg für die Kinder, die rennen dort das ganze Bad, das Kindebecken ist im anderen Bereich und da, dass wir endlich einmal einen langfristigen Plan aufstellen, dass das Bad attraktiv bleibt. Wir haben am Anfang mit den Kindersachen gemacht, aber für die Jugendlichen haben wir fast überhaupt nichts. Und dass wir da eines der Perlen, eines der Goldstücke, die wir in Stockerau haben, auch erhalten und dass die Leute uns auch erhalten bleiben. Die Zuschauer und damit auch die Einnahmen. Danke.

Rosenberger: Ja, von meiner Seite auch einen schönen guten Abend. Ich möchte mich bedanken beim Finanzstadtrat für den Antrag. Nicht dahingehend, dass es jetzt doch ein bisschen mehr ausmacht, als wir geplant haben. Aber dafür, dass das jetzt wirklich anständig gemacht wird, dass das nicht ein 1:1 Austausch wird, so wie ursprünglich geplant gewesen wäre, sondern dass es wirklich eine komplette Sanierung ist und vor allem danke, dass wir da oben jetzt auch ein barrierefreies WC bekommen. Das war wirklich schon notwendig und dafür wirklich mein Dankeschön.

Strahammer: Ja, auch ich möchte mich bedanken für die Umsetzung in dem Ausmaß und habe in dem Zusammenhang noch eine Frage. Wie es mit der Sanieranlage im Feuerwehrhaus bestellt?

Dummer: Das ist in der KIG in Bearbeitung, da habe ich morgen einen Termin mit Herrn Kargl im letzten Abstimmungstermin. Da haben wir Angebote eingeholt, das wird heuer auch umgesetzt. Da sind wir auch bei € 100.000 plus der modernen Duschen. Die ganze Kanalanlage ist zu sanieren, dort gibt es ja ein Geruchsproblem. Das ist eine relativ mächtige Baustelle, aber wir haben da jetzt auch verhandelt.

Völkl: Dass bei der Feuerwehr auch wieder alles in Ordnung ist.

Dummer: Und dann haben wir noch die Fußballer, die brauchen auch ein neues WC, das ist auch ein Desaster. Also, WCs haben wir jetzt genug gebaut.

Völkl: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit und bedanke mich.

Abstimmungsergebnis:		Einstimmig beschlossen			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0

Setki nimmt an der Sitzung wieder teil 19:43 Uhr

9. Garage Pflegeheim und Krankenhaus – Sondertarife

Dummer: Der nächste Tagesordnungspunkt von mir ist es ein Kontingent für Garagenplätze, für das Krankenhaus und das Pflegeheim.

Die Tiefgarage im Pflegeheim ist derzeit weitgehend ungenutzt, während die Kurzparkplätze in der Landstraße durch Dauerparkkartenbesitzer gut ausgelastet ist. Das Krankenhaus Stockerau (NÖ Landesgesundheitsagentur) ist an uns herangetreten um für ihre Mitarbeiter:innen ein Kontingent von Tiefgaragenplatz längerfristig zu einem Sondertarif wie in Korneuburg anzumieten.

Im Finanzausschuss wurde befürwortet, dem Krankenhaus bei Abnahme von wenigstens 20 Tiefgaragenplätzen einen Sondertarif von € 30 inkl. 20 % USt pro Monat und Garagenplatz anzubieten. Die Verrechnung erfolgt pauschal an das Krankenhaus, das ihrerseits die Verrechnung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchführt.

Die Vorteile für die Stadtgemeinde liegen in höheren Einnahmen aus den Tiefgaragenplätzen, einer besseren Auslastung und Mehreinnahmen aus der Garage bei gleichzeitig geringerer Belastung der Kurzparkzonen mit Dauerparkern bei geringem Verwaltungsaufwand.

Der Normaltarif beträgt € 60 pro Monat.

Dieser Sondertarif soll auch für die Pflegeheimmitarbeiter:innen gelten, wobei die Verrechnung über Direktabzug vom Gehalt erfolgen soll um den Verwaltungsaufwand gering zu halten.

Mayer: Ja, für uns wäre es immer schön gewesen oder ich will nicht schon wieder sagen, das war immer eine Forderung von uns oder das war immer ein Anliegen von uns, dass man das eigentlich öffentlich zugänglich gemacht hätte, auch wenn Baumaßnahmen notwendig gewesen wären. Aber bevor es leer steht, war es immer ein Ansinnen von uns, dass man das nützt, wenn man das schon hat. Aber auch mit dieser Lösung können wir leben und wir hoffen, dass sie genützt wird, dass sie nicht leer steht und weiterhin dahinvegetiert. Dankeschön.

Pfeiler: Danke für diese Regelung, die jetzt gefunden werden konnte. Vor 1,5 Jahren, als wir über die Parkraumsituation im Bereich des Gymnasiums gesprochen haben, habe ich damals schon thematisiert, dass wir da mitten im Stadtzentrum 90 Stellplätze leerstehend haben und dass auch eine ermäßigte Einnahme gegenüber dem Regeltarif mehr Einnahmen bringt als null, wenn das Parkhaus nämlich leer steht. Danke, dass das jetzt in Angriff genommen wurde. Wir hätten das schon vor 1,5 Jahre umsetzen können, aber gut Ding braucht Weile. Es ist davon auszugehen, dass natürlich auch die Parkraumsituation außerhalb der Kurzparkzone in dem Einzugsbereich entlastet wird, also nördlich der Belvedergasse und so weiter, wo der Parkdruck relativ hoch ist, wo sich eben Beschäftigte des Krankenhauses, des Pflegeheimes, gemeinsam mit der Lehrerschaft da um die Dauerparkplätze gestritten haben. Also, von dem her ist es ein sehr positiver Effekt. In Summe wäre es natürlich notwendig, dass wir für die Innenstadt Parkraumanalyse einmal ansetzen, damit man wirklich systematisch sieht, wie die Auslastungssituation ist, wo der Schuh drückt und wo es Optimierungspotentiale gibt. Danke.

ANTRAG

Dummer: Es wird Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der NÖ Landesgesundheitsagentur, Klinikum Stockerau, und dem Pflegeheim der Stadtgemeinde wird bei Abnahme von mindestens je 20 Tiefgaragenplätzen ein Sondertarif von 30 € inkl. 20 % USt pro Monat und Garagenplatz gewährt. Die Verrechnung erfolgt monatlich.

Völkl: Dankeschön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, danke.

Abstimmungsergebnis:

Prostimmen	
ÖVP	16
SPÖ	8
GRÜNE	5
FPÖ	2

Einstimmig beschlossen

Gegenstimmen	
ÖVP	0
SPÖ	0
GRÜNE	0
FPÖ	0

Stimmenthaltung	
ÖVP	0
SPÖ	0
GRÜNE	0
FPÖ	0

10. Kegelbahn – Tarife

Dummer: Die 4 Kegelbahnen im Sportzentrum Alte Au wurden von der KIG mit Kosten von netto 125.000 € erneuert. Die Arbeiten sind abgeschlossen, einzelne Mängel werden noch behoben. Die Neuanschaffung von 40 Sesseln für den Zuschauerbereich steht noch aus. Ab 01.01.2024 sollen daher die Tarife neu festgelegt werden:

Normaltarif	bisher	12 €	neu	15 €	
Pensionisten	bisher	10,80 €	neu	12 €	Erw. auf Präsenz- und Zivildienst
Kegelvereine	bisher	8,40 €	neu	9,60 €	(bisher gültig für alle Vereine)
Hallenschuhverleih	neu	2 €	Einsatz	20 €	oder Führerschein

Eine Anpassung vor dem 01.01.2024 ist aufgrund der bestehenden Buchungslage bis weit in den Herbst hinein nicht förderlich. Alle Beträge verstehen sich inklusive 20 % Umsatzsteuer. Die Wartung der Kegelbahn obliegt der Stadtgemeinde und es wird empfohlen einen Wartungsvertrag mit dem Errichter der Anlage abzuschließen.

Pohl: Auch hier, die Kegelbahn ist wunderschön geworden, das kann sich jeder mal gerne anschauen. Auch die Hintergrundmaßnahmen, wie Werbung laufen schon. Das ist wirklich ganz schön geworden. Vielleicht machen wir einmal ein Kegeltturnier mit den Fraktionen oder so. Wir können leider nur drei stellen, aber da werden wir auch was hinkriegen. Und auch für die Vereine, die jetzt wieder vermehrt spielen können, ist es sehr gut und auch ich glaube auch für die für die für die Sport Lounge ist es eine zusätzliche Einnahmequelle und das ist eine wirklich sehr, sehr gute Sache. Also da, herzlichen Dank.

ANTRAG

Dummer: Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:
Die Tarifänderung für die Kegelbahn ab 01.01.2024

Normaltarif	15 €	
Pensionisten	12 €	Erw. auf Präsenz- und Zivildienst
Kegelvereine	9,60 €	(bisher gültig für alle Vereine)
Hallenschuhverleih	2 €	Einsatz 20 € oder Führerschein

Alle Beträge verstehen sich inklusive 20 % Umsatzsteuer. Die Wartung der Kegelbahn obliegt der Stadtgemeinde und es wird empfohlen einen Wartungsvertrag mit dem Errichter der Anlage abzuschließen.

Völkl: Dankeschön, keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit und bedanke mich.

Abstimmungsergebnis:

Prostimmen
ÖVP 16
SPÖ 8
GRÜNE 5
FPÖ 2

Einstimmig beschlossen

Gegenstimmen
ÖVP 0
SPÖ 0
GRÜNE 0
FPÖ 0

Stimmenthaltung
ÖVP 0
SPÖ 0
GRÜNE 0
FPÖ 0

Ref. 02 – Anträge Stadtrat Beteiligung und Liegenschaften

11. Dienstbarkeitsverträge – Netz NÖ – diverse Trafostationen 2023

Koll: Guten Abend allseits und ein ganz herzliches Willkommen auch den Gästen. Es freut mich am meisten, wenn sich möglichst viele Leute hier ein Bild machen von dem, was wir so zusammenbringen.

Die Netz NÖ beabsichtigt weitere drei Trafostationen zur Verstärkung des Elektrizitätsnetzes Stockerau im heurigen Jahr 2023 wie folgt zu errichten:

- | | | |
|------------------------------------|--------------|-------------------------|
| • Eduard Rösch-Straße 39 | Parz. 2079/5 | Stadtgemeinde Stockerau |
| • Schießstattgasse 100 (gegenüber) | Parz. 2085 | Stadtgemeinde Stockerau |
| • Prager Straße 6 | Parz. 2094 | Land NÖ |

Durch die Errichtung von diversen Wohnhausanlagen im Stadtgebiet Stockerau zum Einem und zu Anderen durch den Ausbau von Photovoltaik Anlagen und der damit verbundenen Einspeisung ins öffentliche Stromnetz, benötigt die Netz NÖ EVN an den oben angeführten Standorten neue Trafostationen.

Eduard Rösch-Straße 39

Die Trafostation soll 2,5 m nördlich vom Hydranten und 1,5 m vom Parkplatz abgerückt situiert werden. Die Zuleitung wird in Absprache mit dem Wirtschaftshof und dem Bauamt hergestellt.

Schießstattgasse (vis a vis Haus 100)

Die Trafostation soll in diesem Bereich errichtet werden, da hier der Entwässerungsgraben eine minimale Tiefe aufweist und die Netz NÖ EVN die Abstände zur Energieversorgung in diesem Bereich einhalten kann. Ein, vor kurzem gesetzter Baum müsste entfernt werden.

L30 Prager Straße 6 (Dienstbarkeit zw. Netz NÖ und NÖ Landesregierung)

In der Pragerstraße wird die genaue Lage noch in Abstimmung mit dem ansässigen Betrieb abgeklärt, da in diesem Bereich eine zusätzliche Einfahrt geplant ist.

Diesbezüglich wurden seitens der Netz NÖ EVN für die Standorte Eduard Rösch-Straße und Schießstattgasse Dienstbarkeitsverträge ausgearbeitet.

Für den Standort L 30 Prager Straße wird aufgrund der Besitzverhältnisse ein Vertrag zwischen Netz NÖ EVN und der NÖ Landesregierung abgeschlossen

Die Dienstbarkeitsverträge sind standardisiert und seitens des Bauamtes wurde eine einmalige Entschädigung für den Standort Eduard Rösch-Straße als auch Schießstattgasse in Höhe von jeweils € 500 vereinbart.

Die neuen Standorte wurden vom Gemeinderatsausschuss 02 – Beteiligungen und Liegenschaften befürwortet. Der Standort im Bereich Am Kellern soll in der nächsten Gemeinderatsitzung behandelt werden.

Folgende Dienstbarkeitsverträge werden zwischen den Vertragspartnern, der Netz NÖ EVN und der Stadtgemeinde Stockerau abgeschlossen und sind zu unterfertigen:

- V2023/0264 Trafostation Schießstattgasse samt Anschlussleitungen
- V2023/0278 Trafostation Ed. Rösch-Straße 39 samt Anschlussleitungen

ANTRAG

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgende Dienstbarkeitsverträge abgeschlossen zwischen Netz NÖ EVN und der Stadtgemeinde Stockerau zu unterfertigen.

- V2023/0264 Trafostation Schießstattgasse samt Anschlussleitungen
- V2023/0278 Trafostation Eduard Rösch-Straße 39 samt Anschlussleitungen

Die Netz NÖ EVN verpflichtet sich für vermögensrechtliche, an wirtschaftliche Nachteile, die durch die Aufstellung der Tafel Stationen hervorgerufen wurden. Einmalige Entschädigung, ihr Standort in der Höhe von € 500 brutto für netto an den Grund Eigentümer zu entrichten.

Völk!: Gibt es Wortmeldungen? Wenn es keine Wortmeldungen gibt, kommen wir zur Abstimmung. Ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit und bedanke mich.

Abstimmungsergebnis:

Prostimmen

Einstimmig beschlossen

Gegenstimmen

Stimmenthaltung

ÖVP	16	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0

Alexandra Rester nimmt an der Sitzung teil 20:20 Uhr

12. Vereinbarung – Grundbenützung Netz NÖ – Schießstattgasse

Koll: Ich bedanke mich sehr. Mein zweiter Antrag betrifft eine Vereinbarung mit ebenfalls Netz NÖ Grund Benützung Schießstattgasse.

Die Netz NÖ beabsichtigen der oberen Schießstattgasse, eine 20 KV Leitung, eine 1 KV Leitung und einen LWL (Lichtwellenleiter) zu verlegen. Die Leitungen werden in offener Bauweise, vor Beginn der geplanten Generalsanierung der Gemeindestraße, in mindestens zwei Abschnitten verlegt, die genaue Lage der Leitungen erfolgt in Abstimmung mit den einzelnen Einbautenträger.

Diesbezüglich liegt seitens der Netz NÖ EVN eine Vereinbarung über die Grundbenützung für folgende Grundstücke auf. Das betrifft das alles in der Beilage. Ich lese es trotzdem vor, damit das im Protokoll vorkommt,

Katastralgemeinde Stockerau, EZ 3553, Grundbuchnummer 11142

Grundstück Nr.	2079/62	20-KV-Kabel
Grundstück Nr.	2079/62	1-KV Kabel
Grundstück Nr.	2079/62	LWL-Mitlegung §57 TKG 2021
Grundstück Nr.	2085	20-KV-Kabel
Grundstück Nr.	2085	Trafostation
Grundstück Nr.	2085	1-KV-Kabel
Grundstück Nr.	2085	LWL-Mitlegung §57 TKG 2021
Grundstück Nr.	255/5	20-KV-Kabel
Grundstück Nr.	255/5	1-KV-Kabel
Grundstück Nr.	255/5	LWL-Mitlegung §57 TKG 2021
Grundstück Nr.	351/116	20-KV-Kabel
Grundstück Nr.	351/116	1-KV-Kabel
Grundstück Nr.	255/5	LWL-Mitlegung §57 TKG 2021
Grundstück Nr.	351/116	LWL-Mitlegung §57 TKG 2021

So viel zur Information, was da nötig ist.

ANTRAG

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegende Vereinbarung der Netz NÖ EVN über die Grundbenützung zur Verlegung von Leitungen auf den gemeindeeigenen Grundstücken der Parzellen 2079/62, 2085, 255/5 und 351/116 wird genehmigt und von der Baubehörde I Instanz unterfertigt.

Pfeiler: Die obere Schießstattgasse ist natürlich eine wunderschöne Allee. Gleichzeitig ist natürlich das Verständnis da, dass man die Leitungen erneuert. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass man beide unter einen Hut bringt. Gerade wenn so Grabungsarbeiten im Alleebereich sind, wäre es einfach zu empfehlen, dass hier eine ökologische Bauaufsicht eingerichtet wird. Das wäre eine zusätzliche Auflage an die EVN. Ich möchte daran erinnern, dass man, als die Leitung in der Grafendorfer Straße errichtet wurde, entlang der Allee wurde auch eine ökologische Bauaufsicht eingerichtet. Das heißt, dass einfach hier der Bau begleitet wird, um einfach Wurzelschäden zu vermeiden. Wenn einmal Wurzelschäden auftreten bei unserer Baustelle, dann müssen diese Wurzeln möglichst schnell versorgt werden bzw. im Vorfeld so gegraben werden, dass die Wurzeln geschützt und geschont und nicht beschädigt werden. Das Problem ist ganz einfach, man kann natürlich da Wurzeln durchtrennen. Im ersten Jahr sieht man nichts bei dem Baum. Im zweiten Jahr sieht man auch nichts bei dem Baum. Der

Baum fängt dann einfach an, sie langsam zurückzuziehen, weil er von unten nicht mehr versorgt wird. Das ist glaube ich ganz, ganz wichtig, hier die ökologische Bauabsicht einzurichten und zusätzlich die ENV dazu verpflichten, diese Allee zu schonen und da wirklich alle möglichen Schäden vor Beschädigung der Wurzeln anzuhalten.

Koll: Ja, danke. Ihre Wortmeldung, ich darf Sie auch zitieren, dass Sie in einer Wortmeldung vor ein paar Viertelstunden gesagt haben: „Wir stehen vor einer dringend notwendigen Energiewende.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Ich darf auch den Stadtrat Pohl zitieren, der gesagt hat, „er freut sich und ruft dazu auf, dass wir die Infrastruktur auf den Stand bringen“. Meines Erachtens, muss das alles wirklich sehr, sehr schnell erfolgen. Und die Netz NÖ ist, ich weiß das aus eigener Erfahrung, weil wir auf einem unserer Standorte dort die Photovoltaik am Dach haben und verzweifelt warten, dass die EVN Netz uns das bewilligt, damit wir das aufdrehen können. In dem Fall ist ja die Infrastruktur wie ich gesagt habe, einerseits Stromleitung, andererseits aber auch Lichtwellenleiter. Auch da ist in Stockerau sehr, sehr viel Aufholbedarf, dass wir dort schnelles Internet in die Gegend raufbringen. Die NÖ Netz, weiß nicht, was sie zuerst tun soll. Die haben eine Vereinbarung über die Grundbenutzung um die es da geht, die dazu akzeptieren wäre. So okay ich dieses Ansinnen finden würde, nur wenn wir jetzt diesen Vertrag von der NÖ Netz ändern würden, in dem wir sagen so machen wir es, aber zusätzlich wollen wir die NÖ Netz dazu verpflichten, eine zusätzliche Bauaufsicht dort zu machen? Dann stellt sich die Frage nicht der Kosten, dann müssen wir sagen, na gut, die NÖ Netz solle die Kosten übernehmen. Die Frage ist, ob das von der Effizienz her dann auch so ist, dass das tatsächlich ein besserer Schutz ist als durch die Vorschriften, die wir ohnehin haben. Das Bauamt überprüft ja diese Dinge, dass so eine Bauaufsicht nicht in jeder Minute dabei sein kann, ist auch wahrscheinlich und dann kann irgendwas passieren. Ich glaube, es würde die Sache verzögern. Wenn Verträge in einer großen Firma geändert werden, nimmt das in dem Ausmaß immer einen bestimmten Lauf. Das heißt, das geht durch verschiedene Abteilungen, wahrscheinlich in so einer Sache bis zum Vorstand. Es heißt, wir würden wertvolle Zeit verlieren, darum wäre ich nicht dafür, dass wir aus dieser Art verzögern. Rein formal müssten Sie Herr Stadtrat Pfeiler allenfalls einen Änderungsantrag oder so stellen, weil in meinem Antrag das ja nicht vorkommt, sondern mein Antrag zum Inhalt hat, dass man diese Benützungsvereinbarung jetzt so annehmen, um ein möglichst schnelles Ergebnis zu erzielen. Insofern bitte ich darum, dass man das bedenkt, wenn man jetzt darüber weiter diskutiert.

Hödl: Schönen guten Abend auch von meiner Seite. Ich darf ur in Ergänzung darauf hinweisen, dass es natürlich einen Vertrauensschutz gibt für die Infrastrukturbetreiber. Wir haben unsere beschlossenen Aufgrabungsrichtlinien, wo wir in der letzten Revision der Aufgrabungsrichtlinien Verstöße dagegen pönalisiert haben. Das heißt, wir haben den Baumschutz in der Aufgrabungsrichtlinie, die da maßgebend ist, verschärft und das ist die derzeitige Vorgabe, unter welchen Bedingungen in Stockerau Leitungen zu verlegen sind. Wir können gerne über weitere Revision der Aufgrabungsrichtlinien sprechen, aber in der geltenden Vorgabe der aktuellen Aufgrabungsrichtlinie ist keine ökologische Bauaufsicht vorgesehen.

Pfeiler: Wir haben mit den verschiedensten Leitungsträgern in den letzten Jahren immer wieder negative Erfahrungen gemacht. Ich habe in meiner Wortmeldung nicht nur vor fünfzehn Minuten, sondern auch in der Wortmeldung zu diesem Tagesordnungsgegenstand gesagt, dass das es wichtig ist, dass die Leitungen erneuert werden. Ich mag gar nicht zu weit zurückgehen, aber ich glaube, es ist mindestens genauso wichtig oder sicher gleich wichtig auch auf den Baumbestand aufzupassen in dieser Stadt. Zu dem Thema Verzögerungen, nein, das verursacht überhaupt keine Verzögerungen. In der Grafendorfer Straße war das eine Rahmenbedingungen so eine ökologische Bauaufsicht einzurichten und das verzögert genau gar nichts. Aber es gibt einfach eine unabhängige Dokumentation und Sicherstellung, dass einfach keine Beschädigungen auftreten, verzögert also nichts und ist einfach ein wichtiges Begleitinstrument um gerade in solchen sensiblen Abschnitten den Baumbestand zu schützen. Ja, deswegen möchte ich den Zusatzantrag, dass wir hier eine zum Schutz des Baumbestandes in der Schießstattgasse eine ökologische Bauaufsicht, für die die EVN die Kosten zu tragen hätte, einrichten. Danke.

Völkl: Dankeschön. Eine Wortmeldung noch vom Herrn Gemeinderat Hetzendorfer und ich würde dann auch unseren Baubereichsleiter den Herrn DI Altinger ersuchen, dass er die genaue Zeitschiene noch einmal erläutert. Diese Aufgaben Arbeiten greifen ganz in einem engen Zeit Asset hinein. Da haben wir S Baum, das Osten wir müssen, weil sonst kann die Schilfstattgasse heuer im Plan nicht fertiggestellt werden.

Hetzendorfer: Vielleicht nur ganz kurz, ich wollte da ins Gleiche reinstoßen, eigentlich. Also ich glaube, wir haben mit Herrn DI Altinger einen Experten und ich glaube, wir konnten uns im Bauausschuss auch immer davon überzeugen, dass die Anträge und die Unterlagen gut vorbereitet sind, dass die Expertise immer gepasst hat und uns Auskunft gegeben werden konnte und ich glaube, wir können in Stockerau vertrauen, dass das gut verfolgt wird. Er hat umsichtig agiert, auch mit den Bäumen, und ein Auge darauf geworfen wird und deswegen würde ich davon absehen, dass man das mit so einer Zusatzbedingung dem Herrn DI Altinger und seinem Team zusätzlich erschwert, da seine Arbeit zu tun. Dankeschön.

Altinger: Von meiner Seite einen schönen guten Abend. Zum zeitlichen Aspekt, wir haben eine Straßensanierungen, die wir heuer im Programm haben, die Schießstattgasse. Die Generalsanierung wird durch die Firma Strabag im Zuge des Rahmenauftrages durchgeführt. Die Bauarbeiten werden in zwei Abschnitten erfolgen, der erste Abschnitt startet mit Ende Mai. Wir haben erst im Zuge der Einbautenbesprechung, also vor sehr kurzer Zeit von der EVN erfahren, dass sie aufgrund dessen, dass sie ermöglichen müssen und auch wollen und das ist natürlich auch in unserem Interesse, dass dieses Gebiet auch die Möglichkeit hat, die PV-Anlagen anzuschließen und ans Umspannwerk anzubinden, ist diese relativ massive Leitungsverlegung in der Schießstattgasse und auch diese Trafostation notwendig. Deshalb und auch um die Bestellvorgänge entsprechend einzuleiten, war die Trafostation, die dankenswerterweise schon beschlossen ist, notwendig gewesen und auch diese Zustimmung zur Grundbenützung. Es hat auch schon Abstimmung gegeben hinsichtlich der Leitungsverlegung und der Positionierung der besagten Positionierung. Es gibt Künettenquerschnitte von der EVN, die eben die Leitungen darstellen, die in der Breite einmal dargestellt sind, aber noch nicht im Querschnitt. Es gibt Einbauten, die schon vorhanden sind, Kanal/Wasser. Auch uns ist der Baumschutz ein ganz ganz wichtiger Faktor und das möchte ich auch hier sagen. Dass es punktuell vorgekommen ist, dass Bäume geschädigt worden sind durch unsachgemäße Handhabung von vor Ort tätigen Firmen und Arbeitern, die gegen unsere Aufgabensrichtlinien verstoßen haben, kann man leider nicht gänzlich ausschließen. Herwig Hödl hat es ja schon gesagt, wir versuchen bei den Verträgen mit Pönalen jetzt schon Strafbestimmungen aufzunehmen und die EVN ist jetzt hinsichtlich der Leitungsverlegung am Zug, uns einen Vorschlag für die Positionierung im Querschnitt vorzulegen, den wir dann prüfen und freigeben müssen und damit können wir schon entsprechende Abschnitte oder Abstände von den Wurzelbereichen der Alleeabäume beeinflussen. Wir müssen sicherstellen, dass die Bäume nicht gefährdet werden. Weiters ist in unseren Aufgrabungsrichtlinien verankert, dass vor den Baumaßnahmen sowohl mit dem Bauamt logischerweise als auch mit dem Wirtschaftshof mit unseren Experten hinsichtlich des Baumschutzes, Kontakt aufzunehmen ist und das im Detail noch einmal anhand dieser Profile, dieser Querschnitte, durch zu besprechen. Das ist das, wie wir die Projekte derzeit abwickeln. In der Zeit, sie haben die Grafendorf Straße erwähnt, war ich noch nicht vor Ort, kann somit zur ökologischen Bauaufsicht kein Statement abgegeben. Was Stadtrat Koll schon erwähnt hat, kann ich nur unterstreichen. Es ist durch noch so gute Vorbereitung, durch noch so gutes Erziehen der Firmen, wir haben es in den in den Einbautenbesprechung auch noch einmal protokollieren lassen und weisen wirklich die Firmen massiv darauf hin, dass uns der Baumschutz wichtig ist, ein Anliegen ist und dass es da keine Verstöße geben soll. Auch eine ökologische Bauaufsicht, genauso wenig wie meine Mitarbeiter, sowohl vom Wirtschaftshof als auch vom Bauamt, können nicht jederzeit leider vor Ort sein, somit ganz auszuschließen sind einfach Verstöße gegen unsere derzeit gültigen Aufgrabungsrichtlinien, nicht.

Völkl: Ich möchte euch nur sagen, die Mitarbeiter sowohl des Bauamtes, der zuständige Mitarbeiter wie auch die Mitarbeiter unseres Bauhofes sind sich da ganz bewusst, wie sensibel das ist, wie achtsam man da arbeiten muss und dass auch die Firma weiß, wie wichtig uns

das ist und dass wir da ganz besonderes Augenmerk darauf haben und da vertraue ich schon unseren Mitarbeitern und der Fachabteilung, dass sie hier in engster Abstimmung mit den Firmen das bestmöglichst machen und wirklich mein Vertrauen unseren eigenen Mitarbeitern aussprechen. Wir haben sehr strenge Aufgrabungsrichtlinien und der Zeitfaktor, dass wir diese Straße fertig kriegen, ist wirklich eine knappe Geschichte.

Pfeiler: Um ein paar Dinge auseinander zu halten, es stellt niemand in Frage, dass dort die Leitungen zu erneuern sind aus den genannten Gründen. Es ist ja einfach nur dieser Baumbestand sicher zu stellen. Nur dass man an die nicht Dinge durcheinander bringt. Das zweite ist, so eine ökologische Bauaufsicht verzögert genau gar nichts. Bis da jetzt die Leitungstrassen festgelegt sind, ist eine ökologische Bauaufsicht gefunden und beauftragt, also das verzögert genau gar nichts, weder in der Vorbereitungsphase noch in der Durchführungsphase. Und da ist auch bitte kein Zweifel, Vertrauen in die Kollegen des Wirtschaftshofes, ich würde es viel eher sogar von einer anderen Seite sehen. Die haben wirklich genug zu tun mit den laufenden Arbeiten und bei der ökologischen Bauaufsicht werden eben die Kollegen des Wirtschaftshofes da ein Stück weit entlastet, weil die Ressource der Bauaufsicht hier eben an externen Experten auf Kosten der EVN stattfinden würde. Also wir würden da eigentlich auch die Ressourcen unseres Wirtschaftshofes ein bisschen entlasten, gerade in Bezug auf Urlaubszeit und so weiter, danke.

Völkl: Die Arbeiten für die Schießstattgasse müssen, sollen in diesem Zeitraum, also mit dem Vertrag wie es mit der EVN vereinbart ist, den wir heute beschließen sollen. Wenn wir diesen Vertrag ändern, weil wir für die Veränderung da was rein reklamieren, dann ist nicht sicher, ob die EVN dann sagt, dann kostet es was anders oder dann ändert sich die Vereinbarung und dann verzögert sich alles, das wissen wir nicht.

Hödl: Vielleicht nur noch eine Anmerkung dazu. Kollege Pfeiler insinuiert da jetzt und ich hoffe, es ist nicht so gemeint, dass da jetzt den ganzen Tag eine ökologische Bauaufsicht neben der Künette steht und schaut, was der Bagger macht. Das ist ja nicht der Fall. Wir haben natürlich, in der Firma jetzt, bei unseren großen Projekten überall ökologische Bauaufsicht dabei, die regelmäßige Begehung machen und dort auch Ihre Berichte schreiben, aber wir haben bei keinem Kraftwerksprojekt, wo wir uns im Naturraum bewegen, ökologische Bauaufsicht, die jetzt permanent dabei stehen würde. Und wenn es eine kritische Frage gibt, dann sind die Kollegen vom Wirtschaftshof da. Aber wir werden jetzt niemanden oder die EVN Netz NÖ wird nicht zu allen ihren Baustellen, ökologische Bauaufsichten den ganzen Bau hinstellen, weil sonst auch brauchen wir auf einmal 2.000 Ökologen in NÖ.

Osmanovic: Schönen guten Abend. Mir ist auch sehr wichtig, dass die Bäume geschützt werden, dass da sozusagen nichts passiert, aber dadurch, dass die Sache jetzt aufkommt, Didi und das sicher gescheit ist im zuständigen Ausschuss einmal zu diskutieren und zu beraten und zu wissen sozusagen, wie damit umzugehen ist, wäre ich dafür, dass man das Ganze jetzt so beschließt und bei dem nächsten Projekt dann vorher im Ausschuss diskutiert und dann welche Empfehlung man auch immer trifft, danke.

Koll: Darf ich bitten, dass man den Zusatzantrag noch einmal kurz formuliert, damit jeder weiß, worüber der abstimmen sollen.

ZUSATZANTRAG

Pfeiler: Zum Schutz des historischen Baumbestandes in der oberen Schießstattgasse im Zuge der beabsichtigten Grabungsarbeiten soll eine begleitende ökologische Bauaufsicht auf Kosten der EVN eingerichtet werden.

Völkl: Dann bringen wir diesen Zusatzantrag zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen und ich ersuche Sie um ein Zeichen der Zustimmung, wenn Sie den Herrn Stadtrat Pfeiler unterstützen. Ich sehe hier Zustimmung der Grünen. Gegenstimmen: Fraktion der ÖVP,

Fraktion der SPÖ. Enthaltungen: Fraktion der FPÖ ich danke schön die, der Zusatzantrag vom Herrn Stadtrat Pfeiler hat keine Zustimmung gefunden.

Abstimmungsergebnis:		Keine Zustimmung			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	0	ÖVP	16	ÖVP	0
SPÖ	0	SPÖ	9	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	0	FPÖ	0	FPÖ	2

Völkl: Wir stimmen den Hauptantrag ab und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe Zustimmung der Fraktion der ÖVP, der SPÖ der FPÖ. Gegenstimmen: keine. Enthaltungen: Fraktion der Grünen. Dankeschön.

HAUPTANTRAG					
Abstimmungsergebnis:		Mehrheitlich beschlossen			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	16	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	9	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	5	GRÜNE	0
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0
Ref. 05 – Antrag Stadtrat Soziales, Gesundheit, Bildung und Integration					

13. Mittel für Flüchtlingshilfe

Osmanovic: Schönung, vielen Dank, schönen guten Abend noch einmal.

Aufgrund der derzeitigen Teuerungswelle können auch die in Österreich in der Grundversorgung befindlichen Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt nicht mehr decken.

Flüchtlinge können zwar im Stockerauer Soogut-Markt billig einkaufen, aber selbst zu diesen günstigen Bedingungen ist der Lebensunterhalt aus der Grundversorgung nicht mehr zu bestreiten. Daher sollen Flüchtlinge, die im Soogut-Markt einkaufen, finanziell unterstützt werden. An die Caritas Stockerau (Herr Karl Hochfelsner) werden aus der Flüchtlingshilfe 5.000 € gezahlt, die im Gegenwert Gutscheine zu je 1 € beim Soogut-Markt kauft. In der Pfarre werden jeden Dienstag zur Sprechstunde zwischen 9:00 Uhr und 10:00 Uhr fünf Gutscheine zu je 1 € an Flüchtlinge ausgegeben. Die Bedeckung erfolgt durch die Flüchtlingshilfe (Budget dzt. 25.000 €; Ansatz 4260 Flüchtlingshilfe).

ANTRAG

Der Gemeinderat wolle beschließen, die Zahlung an die Caritas Stockerau zum Erwerb von 5000 Gutscheinen zu je ein Euro beim Sogut Markt Stockerau, die an die Flüchtlinge in der Grundversorgung in Stockerau zum Einkaufen im Sogut Markt Stockerau abgegeben werden in Höhe von 5.000 Euro wird genehmigt.

Mayer: Und zwar, ich weiß jetzt nicht an wen ich die Wortmeldung richten darf. An Stadtrat Dummer oder an dich. Ich war bei der Sozialausschusssitzung diesmal dabei und da ist es eigentlich um Ukrainer gegangen. Also mich wundert es, dass jetzt so kurzfristig dieser Antrag umgeändert wurde. Und für alle, das stand auf keiner Tagesordnung und wurde von Herrn Stadtrat Dummer eingebracht, aber nur für die Ukrainer. Das zweite ist die Ukrainer haben bereits von der Gemeinde Unterstützung bekommen und ich möchte gerne darauf hinweisen, dass der Bund selbst für die Ukrainer die ganze Grundversorgung um 20% erhöht hat, gegenüber von den anderen Flüchtlingen. Also man müsste sich da überlegen, ob da mir eigens eine, für die Ukrainer, noch mal was bringen, aber das ist jetzt eh weg von dem, wenn man jetzt für alle Flüchtlinge nimmt. Aber für alle Flüchtlinge und da fehlt mir auch die

Stockerauer Bevölkerung, weil wir haben genauso welche, die mit der Teuerung kämpfen und es sind sicher nicht viel reicher oder ärmer als andere Flüchtlinge. Dankeschön.

Osmanovic: Ich würde gerne gleich antworten. Grundsätzlich hat es so einen Antrag schon einmal gegeben. Nicht bei der Samira damals, sondern beim Gerhard. Da war der Antrag auch so formuliert, dass er sozusagen Flüchtlinge meint, die in der Grundversorgung sind. Das heißt, das war schon einmal so, dass ist jetzt in der in der Form genauso noch einmal ausformuliert. Nur ist sozusagen das Prozedere noch einmal ergänzt worden. Man muss halt auch grundsätzlich dazu sagen, ich habe mich auch beim zuständigen Amt in beim Land NÖ informiert. Es ist so, dass alle Flüchtlinge in der Grundversorgung dasgleiche bekommen. Also das was du jetzt gerade gesagt hast, das ukrainische Flüchtlinge mehr bekommen, kann ich so nicht bestätigen. Meine Information ist von gestern vom zuständigen Sachbearbeiter vom Land NÖ. Wenn man sozusagen jetzt die Keule schwingt, gegenüber der anderen Bevölkerung, muss man halt auch dazu sagen, was diese Leute bekommen. Nur dass das auch sozusagen hier verständlich ist und dass man weiß, wen man da unterstützt und es wird grundsätzlich diese Abwicklung über die Caritas durchgeführt. Da gibt es eben die sogenannte Sprechstunde. Diese Personen bekommen € 5 die Woche und können im Wert von € 5 beim Soogut-Markt einkaufen. Ich suche mir das nur kurz draußen mit der Höhe. Es gibt grundsätzlich die Unterscheidung zwischen privaten Unterkünften und versorgt, also Unterkünfte, wo Flüchtlinge untergebracht werden. Wenn jetzt jemand eine Privatunterkunft hat, das kann er selber aber nicht wählen, das wird ihm zugewiesen von der Caritas, die das betreut für diesen Bezirk in Korneuburg. Dann bekommt eine Einzelperson maximal € 150 Zuschuss und € 215 Verpflegungsgeld, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Jetzt gibt es dann auch eine Unterscheidung zwischen Flüchtlingen aus der Ukraine, Geflüchteten und anderen, da ist es erforderlich eine Zustimmung vom AMS zu bekommen, dass sie am Arbeitsmarkt teilnehmen können. Die anderen brauchen diese Zustimmung nicht, aber die werden grundsätzlich genauso finanziell unterstützt. Von dem her verstehe ich jetzt nicht, warum da eine neu Debatte aufgerissen wird von dir. Du kannst das nachrechnen, was da für Beträge ausbezahlt werden vom Land NÖ an die betroffenen Personen, die sowieso ihre Energiekosten und so weiter mit dem, was sie da kriegen, bestreiten müssen und vielleicht sogar keine Möglichkeit haben, am Arbeitsmarkt teilzunehmen, weil sie einfach nicht genommen werden. Dann ist es natürlich vor allem von der Caritas diese Sache, die Abwicklung sozusagen gemacht wird zu hinterfragen. Also verstehe ich jetzt gar nicht. Tut mir leid, ja, das ist

Mayer: Nein, da hast du vollkommen recht. Denn ich habe das ausgedrückt, ich habe mich gestern damit beschäftigt. Es geht mir nur darum, wir haben einen Amtsvortrag gehabt, da ist gestanden, aufgrund der derzeitigen Teuerung können die sich in Österreich befindlichen Ukrainer, bis gestern war das so im Amtsvortrag, das haben wir von der Gemeinde so bekommen und gestern ist das geändert worden.

Osmanovic: Das kann ich auch gerne noch beantworten. Ich bin selbst hauptberuflich tätig und sozusagen nicht 100% immer verfügbar und habe auch diese Woche glücklicherweise Urlaub gehabt und konnte sozusagen noch einmal dem Thema nachgehen. Ich wurde auch von einem Gemeinderat gefragt, warum das nur ukrainische Flüchtlinge bekommen sollen. Ich habe das gestern dann recherchiert und herausgefunden, dass die Grundversorgung für alle gleich ist, ob es ukrainische Flüchtlinge sind oder nicht, zumindest die finanzielle Unterstützung von dem her. Würden wir das jetzt nur ukrainischen Flüchtlingen zugestehen, würden wir hier eine politische Diskriminierung vornehmen. Und das hat auch der zuständige Mitarbeiter vom Land NÖ so benannt. Ja, also das will ich hier auch nur gesagt haben.

Klinger: Ich möchte nur kurz ein paar Sachen dazu klarstellen. Die Caritas unterstützt alle schutzbedürftigen und notleidenden Menschen, egal ob mit österreichischer oder anderer Staatsbürgerschaft und so weiter. Die Caritas ist natürlich verpflichtet, wenn sie zweckgebundene Gelder bekommt, die auch dafür zu verwenden. Ich zum Beispiel bin ein Spender, der nicht zweckgebunden dazu schreibt. Das heißt, sie können das verwenden genau für die

Menschen, die das dringend notwendig brauchen würden und ich denke mir, dass man da wirklich aufpassen muss und da nicht irgendetwas durcheinander spielen sollte. Das wollte ich einfach nur mitteilen. Und zu den € 5, die bewirken sehr wenig. Lange Zeit hat die Caritas Stockerau € 10 vergeben, pro Woche, pro Familie und das geht aber nicht mehr, weil das Geld nicht da ist, weil einfach die Anzahl der Menschen, auch der österreichischen, derartig zugenommen hat, dass es einfach schwierig ist, in dem Zusammenhang mit dem Geld auch auskommen zu können. Und jetzt kann man natürlich entscheiden, wird mir den Betrag oder macht man das zweckungebunden? Ich möchte mich in diese Diskussion im Augenblick nicht einmischen, ich will das aber nur klarstellen, dass da nicht so eine angedachte Debatte entsteht. Dankeschön.

Völkl: Ich bedanke mich für die Wortmeldungen. Ich glaube Herr Gemeinderat Meier, es war jetzt wirklich so, dass du das Wort „ukrainisch“ hinterfragt hast, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe. Warum die Änderung im Amtsbericht war? Ich möchte sagen, das haben wir ja begonnen, wie die Ukrainerinnen auch mit Kindern flüchten haben müssen. Wir sind vor der Situation gestanden, dass die Grundversorgung zu wenig zum Leben in Österreich ist. Die Menschen, die bei uns leben unterstützen wir noch in der Grundversorgung. Wir helfen auch bei der Schule mit Schultasche und den ganzen Mitteln, auch das will ich euch nur jetzt da öffentlich sagen. Wir haben sehr gute Sozialclubs und wir kriegen immer wieder das Angebot, wenn Familien in Not geraten.

Mayer: Ich vergönne jeden, wenn er was bekommt. Aber nur wie gesagt, wenn man im Ausschuss was bespricht, das ist jetzt schon das zweite Mal, soll das im Amtsvortrag auch so drinnen stehen.

Völkl: Dann haben wir glaube ich, alles besprochen und wir kommen zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der ÖVP Fraktion, der SPÖ, der Grünen. Enthaltung: Fraktion der FPÖ. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis:		Mehrheitlich beschlossen			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	16	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	9	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	0	FPÖ	0	FPÖ	2

Ref. 06 – Anträge Stadtrat Sport und Freizeit

14. Sportförderung – Ansuchen Projekte 1. Halbjahr 2023

Pohl: Die Stadt wächst oder ist in den letzten Jahren gewachsen, vor allem auch personell. Die Vereine werden größer, vor allem weil sie auch mehr Jugendmannschaften bekommen und die Anzahl an Vereinen und damit auch Sportarten steigt. Und das ist eigentlich sehr positiv. Da ist das Sportangebot für die Vereine größer. Gerade in der Spitzensportförderung. Die Erfolge schlagen sich vor allem hier nieder. Es gibt mehr Vereine, die erfolgreicher sind, auch in den höheren Ligen und auch unseren Richtlinien entsprechen.

Zum Beispiel, die Eishockeyspieler haben am Sonntag die dritte Meisterschaft in diesem Jahr, oder die dritte Mannschaft, die eine Meisterschaft heuer gemacht hat, gewonnen und viele, andere Vereine, die sehr erfolgreich sind. Es gab diesmal viele Anträge, sowohl bei den Spitzensportförderungen als auch bei den Projektförderungen und wir haben uns wirklich nicht leicht gemacht. Wir haben geschaut, dass jeder etwas bekommt. Bitte das in diesem Licht auch zu sehen. Wir werden schauen, dass wir eine Erhöhung bekommen. Das haben alle Fraktionen im Ausschuss festgestellt und die ersten Verhandlungen mit dem Finanzstadtrat haben auch schon ein positives Bild für 2024 vorgesehen. Das freut mich sehr. Das Argument, das immer kommt, die Pro-Kopf-Förderung ist so hoch, ja, weil wir eben so viele Vereine haben

und so viele Bürger haben, die in Sportvereinen tätig sind und das kann man auch glaube ich, gut gegenüber dem Land feststellen. Es gibt viele Sportstätte, aber die Sportstadt Stockerau ist gerade mit der Vielfalt an Vereinen sehr einzigartig. Und die Vereine, da geht es nicht nur um ein bisschen Sport machen, um die Gesundheit, vor allem auch auf sozialer Ebene. Gesellschaftlich haben sie eine sehr starke Funktion, weil ich glaube auch im Jugendbereich oder in den Bereichen „Plus 20“, wo das gesellschaftliche Leben, das Nachtleben in Stockerau nicht hergibt, fangen die da sehr viel auf und verhindern da auch teilweise das Abwandern oder dass die Leute in Wien fortgehen. Also das ist ein sehr wichtiger wesentlicher Faktor.

Ich komme zu den Anträgen, im Sinne der Richtlinien für Sportförderungen betreffend dem Bereich Projektförderungen sind von Sportvereinen einige Anträge eingelangt. Gemäß § 7 der Richtlinien, maximal 50% der Gesamtprojektkosten und maximal € 2.000 pro Projekt und Kalender. Die Ansuchen wurde im Gemeinderatsausschuss Sport und Freizeit behandelt. Folgende Projektförderungen sollen genehmigt werden. Wenn es recht ist, gehe ich gleich eine Riesen-Liste, gehe ich gleich zu den zum Ergebnis quasi über, zum Antrag. Es ist dann eher ersichtlich, was die Vereine auch gestellt haben, wenn es jemand interessiert.

ANTRAG

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgende Vereine erhalten eine Projektförderung in angeführter Höhe:

American Football	Teamzonenplane als Rasenschutz	56 €
Basketball Blue Devils	Errichtung Vereinslager	650 €
Billardsportclub	Österr. Meisterschaften Cadre 35/2	300 €
Eissport	Ankauf Containe, Umbau Inlinehockeyplatz	1.000 €
Fitaktiv Gitti City Sportaerobic	EM 2023, Vorbereitung WM 2024	1.400 €
Gymnastic Academy	NÖ Landesmeisterschaft	200 €
Judo Club Stockerau	Anschaffung Mappenfläche	450 €
Racoons	Firmenturnier August/September 2023	200 €
SVS Fußball	Flutlicht, Trainingskleidung Kinder, Container usw.	1.000 €
Taekwondo Kumgang	Vereinsbüro, Kraftkammer	200 €
UTC Tennis	Projekt „Tennis bewegt Generationen“, Camps	200 €
Verein Arte	Tancperformance	250 €

Die Summe der Projektförderung im 1. Halbjahr 2023 ergibt 6.500 €.

Im Falle der Genehmigung einer Projektförderung gelangt diese gemäß § 9 der Richtlinien für Sportförderungen erst nach der Klärung etwaiger offenen Forderungen zur Auszahlung. Im Anlansfall wird die Förderung mit Außenständen gegengerechnet.

Völk! Ich bringe den Antrag zur Abstimmung und ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, Dankeschön.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Prostimmen

ÖVP 16
SPÖ 9
GRÜNE 5
FPÖ 2

Gegenstimmen

ÖVP 0
SPÖ 0
GRÜNE 0
FPÖ 0

Stimmenthaltung

ÖVP 0
SPÖ 0
GRÜNE 0
FPÖ 0

15. Sportförderung – Ansuchen Spitzensport 2023

Pohl! Im Sinne der Richtlinien für Sportförderung, gemäß § 8 den Bereich Spitzensport sind von Sportvereinen einige Anträge eingelangt. Die Ansuchen wurden im Gemeinderatsausschuss Sport und Freizeit behandelt.

Folgende Spitzensportförderungen sollen genehmigt werden. Wenn es für alle in Ordnung ist, gehe ich wieder zum Antrag gleich über.

ANTRAG

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgende Vereine erhalten eine Spitzensportförderung 2023 in angeführter Höhe.

Stock City Oilers	U11, U19, RELO	StM, LM, int. Turn.	3.500 €
Fecht Gilde Stockerau	Beatrice Kudlacek	WM, EM, StM, LM, int. Turn.	1.000 €
Fitaktiv Gitti-City RythmGym	A. Scheidel, J. Millmann	EM, StM, LM, int. Turn.	500 €
Fitaktiv Gitti-City Sportaer.	E. Klug, K. Wild	EM, StM, LM, int. Turn.	500 €
Gymnastic Academy		StM, LM, int. Turn.	500 €
Racoons	Mannschaft	StM	1.500 €
SVS Fußball	Kampfm., Reserve	gem. bisheriger Jahre	5.000 €
Taekwondo Kumgang		WM, EM, StM, LM, int. Turn.	1.500 €
UHC Handball	Damen, Herren	WM, EM, StM, LM, int. Turn.	10.000 €
UTC Tennis	Ligabetrieb	StM, LM	900 €
UTTC Tischtennis	1. Bundesliga	WM, EM, StM, LM, int. Turn.	5.000 €
Die Gesamtsumme beträgt 29.900 €			

Im Falle der Genehmigung einer Spitzensportförderung gelangt diese gemäß § 9 der Richtlinie für Sportförderungen erst nach Klärung etwaiger offenen Forderungen zur Auszahlung. Im Anlassfall wird die Förderung mit Außenständen gegengerechnet.

Diese wird dann, weil also die Spitzensportförderung da gibt es dann keine Abrechnung, sondern das sollte dann relativ zügig ausbezahlt werden.

Völk: Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier wieder Einstimmigkeit.

Abstimmungsergebnis:		Einstimmig beschlossen		Stimmenthaltung	
Prostimmen		Gegenstimmen			
ÖVP	16	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	9	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0

Ref. 07 – Antrag Stadtrat Umwelt, Au, Parkanlagen und Friedhof

16. Energiegemeinschaft Stockerau – Grundsatzbeschluss

Pfeiler: Ich bringe ihnen den Amtsbericht zur Kenntnis und dann auch zur Abstimmung eines Grundsatz Beschlusses zum Thema Energiegemeinschaft Stockerau. Wir hatten ja schon heute das Thema der PV-Anlagen Sales and lease back Modell. Das hängt jetzt damit ein bisschen zusammen.

Energie Gemeinschaften bieten die Möglichkeit lokal oder regional erzeugbar erzeugten Strom innerhalb definierter Netzbereiche zu vereinbarten Konditionen zwischen den Mitgliedern der Energiegemeinschaft zu tauschen. Energiegemeinschaften sind in der Regel als Vereine oder Genossenschaften organisiert, wobei auch Kapitalgesellschaft grundsätzlich möglich sind. Abhängig vom Netzbereich und Organisationsform können auch reduzierte Netztarife anfallen. Durch die Errichtung von den großflächigen PV-Anlagen auf Gebäuden der Stadtgemeinde, in der aktuellen Ausbaustufe mit 637 kWp, entsteht die Notwendigkeit, den am jeweiligen Standort nicht verbrauchten Überschussstrom an anderen Verbrauchspunkten der Stadtgemeinde beziehen zu können. Auch andere Erzeuger und Verbraucher sollen in die Energiegemeinschaft einbezogen werden. Dadurch profitieren diese ebenfalls von den Vorteilen der Energiegemeinschaft, das heißt von lokal erzeugten erneuerbaren Energie zu verlässlichen, weil eben vereinbarten Preisen.

Die Projektierungs- und Gründungsphase sowie die laufende Betriebsführung, Verwaltung und Abrechnung soll mit Unterstützung von externen Partnern erfolgen. Dazu werden derzeit Angebote von potentiellen Bietern eingeholt. Aktuell haben wir drei Interessenten für diese Beratungs- und Betriebsführungsdienstleistung. In weiterer Folge wird die Gründung einer eigenen Rechtsperson unter maßgeblicher Beteiligung der Stadtgemeinde erforderlich sein, wenn sie eben zu dieser Vereinsgründung oder Genossenschaftsgründung kommen sollte.

ANTRAG

Es wird daher der Antrag gestellt. Der Gemeinderat wolle beschließen:
Grundsatzbeschluss für die erforderlich beabsichtigte Einrichtung einer Energiegemeinschaft Stockerau unter maßgeblicher Beteiligung der Stadtgemeinde Stockerau. Diese soll, abhängig von der Form der Energiegemeinschaft, auch anderen Erzeugern und Verbrauchern offen stehen.

Völk: Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Sehe hier Einstimmigkeit, Dankeschön, Dankeschön.

Abstimmungsergebnis:		Einstimmig beschlossen			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	16	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	9	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0

Ref. 08 – Anträge Stadtrat Verkehr, Infrastruktur und Straßen

17. Beauftragung – Erneuerung Prozessleitsystem und speicherprogrammierbare Steuerung – Kläranlage

Hödl: Mein erster Tagesordnungspunkt ist die „Erneuerung Prozessleitsystem und die speicherprogrammierbare Steuerung der Kläranlage.“ Ich kenne es von uns aus dem Unternehmen, Leittechniksysteme werden solange wie es irgendwie geht instandgehalten, eigentlich bis man keine Ersatzteile mehr bekommt. Das ist jetzt auch bei uns bei der Kläranlage der Fall. Man macht es nicht, weil es sehr aufwendig ist und sehr viel Geld kostet. Wir kommen da jetzt nicht darum herum, wir haben von 5 Unternehmen Angebote bekommen. Der kleine Wermutstropfen dabei ist, dass wir das Budget mit der Zustimmung zum Antrag um € 13.143,59 netto überschreiten werden. Was im ersten Nachtragsvoranschlag zu berücksichtigen sein wird.

ANTRAG

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:
die Zuschlagsentscheidung und Zuschlagserteilung soll an die Landsteiner GmbH mit einer Angebotssumme netto von € 186.959,09 (brutto € 224.347,31) erfolgen.

Völk: Wir kommen zur Abstimmung, Zustimmung, Einstimmigkeit.

Abstimmungsergebnis:		Einstimmig beschlossen			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	16	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	9	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0

18. Einreichplanung – Renaturierung Göllersbach

Hödl: Zweiter, besonders erfreulicher Punkt, die „Einreichung für die Renaturierung Göllersbach“. Die EU hat ihren Mitgliedstaaten die Vorgabe gemacht, dass bis 2027 alle Gewässer in einem guten, ökologischen Zustand oder in einem guten, ökologischen Potential sein sollen. Also, je nachdem ob es natürliche oder erheblich veränderte Gewässer sind. Und wir haben jetzt bei uns im Gemeindegebiet zwei große Bäche, wo wir jetzt den ersten Schritt gehen werden und den Göllersbach vom Osten her bis zur Gemeindegrenze. Wir haben die Grundlagen einmal erhoben und gehen jetzt in die Detailplanung und hoffentlich dann auch in die Umsetzung. Wir schaffen da gesamt dann 1,1 km neuen Lebensraum, neuen Lebensraum für Menschen, für Tiere, für Pflanzen und wir haben eine Projektvorstellung bekommen und möchten auf der Basis dann die Detailplanung auch beauftragen, weil es immer auch darum geht, wie kann ich sicher stellen in der Planung, dass ich ausreichende Wassertiefen habe, sicher stellen, dass weniger Sediment in die Au hineinkommt, wohl durch die Aufweitung bei Hochwässern und durch die Verringerung der Geschwindigkeit die Schleppspannung nachlässt und sich das Sediment danach dort absetzen kann und nicht in die Au hineingetragen wird, ja. Und nicht nur, das Thema an sich ist sehr erfreulich, sondern wir haben auch umfangreiche Förderungen, die wir dabei lukrieren können. Das heißt, unterm Strich sollen bis auf 2% die Gesamtkosten des Projektes dann gefördert werden. Wir müssen zwar in Vorlage gehen, aber bekommen dann aus diversen Fördertöpfen da erhebliches Geld für diese Maßnahme.

ANTRAG

Es wird der Antrag gestellt, Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für das Einreichtdetailprojekt der Renaturierung des Göllersbaches im Bereich der Bauland-Betriebserweiterung im Nordwesten des Stadtgebietes Stockerau wird das Team Kernstock Ziviltechniker GmbH gemäß der Honorarnote vom 06.03.2023 in Höhe von brutto € 119.609,24 (99.674,37 netto) beauftragt.

Pfeiler: Danke, für den Beschlussantrag. Möglich wird das Ganze dadurch, dass die österreichische Bundesregierung die entsprechenden budgetären Mittel bereitgestellt hat, aufgestellt hat, um solche Förderungen wieder möglich zu machen. Nachdem die Republik in den Jahren davor in Verzug geraten ist bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinien und hier konkretisiert sie das eben im Bereich des Göllersbaches, wie erwähnt, sehr erfreulich. Wir haben vor einigen Jahren ersucht, dieses Projekt aufzunehmen, das Ganze wurde über den Wasserverband Göllersbach dann schrittweise eingebracht, die Idee. Also danke dafür, dass das von der Idee da durch die Gremien jetzt zu einem guten Projekt gekommen ist. Es gibt nur einen ganz, ganz kleinen Wermutstropfen. Da müssen wir das nächste Mal einfach anders rangehen. Ja, wir haben vereinbart, dass nach der ersten Stufe, dass wir uns dann mehrere Bieter suchen. Wir haben das eh schon paarmal besprochen, ist immer wichtiger, dass man es da noch einmal thematisieren. Mehrere Bieter jetzt für die Hauptplanung zu suchen, ist jetzt leider unterblieben. Wir sollten eigentlich solche Projekte von vornherein sozusagen mehrere Bieter ins Rennen schicken, weil sich dann einfach zeigt, dass dann während des laufenden Projektes wirklich ein Wechsel dann eigentlich nicht mehr erfolgt, in der Regel. Nur zur Vergegenwärtigung der erste Plan und die erste Planungsstufe waren unter € 20.000, jetzt sind wir bei € 120.000, die wir eigentlich direkt vergeben. Also, da würde ich ersuchen, dass wir solche Projekte nur stufenweise beauftragt werden. Aber von vornherein bei so einem derartig absehbaren Planungsvolumen kleinen Bieterbewerb gehen, aber in Summe glaube ich ist das ein ganz wichtiges Projekt für die Renaturierung, für den Göllersbach. Natürlich ja für die Natur Umwelt und natürlich auch für die Menschen, die dann da auf den Begleitwegen schöne Umgebung finden werden.

Hödl: Vielleicht nur eine kurze Anmerkung dazu. Es war ja die Idee, dass man für diesen Bereich Gestaltungsvarianten ermöglichen sollte, deswegen verschiedene Planer auch einladen sollte. Es ist allerdings so, dass die Qualitätszielverordnung „Ökologie Oberflächen-gewässer“ ja relativ genau vorgibt, welche Gewässertiefen mindestens vorzusehen sind. In

Verbindung mit dem niedrigsten Niederwasser, das dafür ausschlaggebend ist, gibt es ganz einfach einen minimalen Gestaltungsfreiraum. D. h., das ist ein Hauptstrich, der da vorzusehen ist. Wir haben es in der Projektvorstellung auch besprochen, dass wir allenfalls, wenn es über einer gewissen Wasserführung ist, dann gewisse zusätzliche Qualität schaffen können, aber es ist ein Gestaltungsspielraum so enden wollend, dass es daher glaube ich, durchaus vertretbar ist, dass wir da den Auftrag weiter gegeben haben,

Völkl: Dankeschön. Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis:		Einstimmig beschlossen			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	16	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	9	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0

19. Beauftragung – Buswartehaus Bahnhof

Hödl: Danke vielmals. Der nächste Punkt, ein etwas kleinerer, wenn gleich umso wichtiger. Es ist ja irgendwann zu einem ungewissen Zeitpunkt, das einzige Buswartehäuschen am Bahnhofsvorplatz verschwunden. Keiner weiß, wer es weggeräumt hat. Keiner weiß, was weggeräumt wurde. Natürlich ist es aber ein großer Missstand, dass wir bei einer erheblichen Anzahl von Zustiegs- und Ausstiegsmöglichkeiten da können keinen Wetterschutz bieten können. Auch wir sind in unserem Wahllokal bei der Wahl angesprochen worden, wann da endlich was passiert. Wir starten jetzt, das ist natürlich nicht das Ende. Wir möchten schauen, dass wir jedes Jahr fix auch in die Budgetplanung zwei Buswartehäuschen aufnehmen in die Planung, die vom Wirtschaftshof dann auch gebaut werden. Jetzt fangen wir heuer einmal mit dem einen am Bahnhofsvorplatz an.

ANTRAG

Ich darf den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Anfertigung von einem Wartehäuschen durch den Bauhof werden die Materialkosten in Höhe von etwa brutto € 5.300 genehmigt.

Für die Dacheindeckungen der Buswartehäuser wird die Firma Valisik gemäß dem Kostenvoranschlag vom 14.03.2023 in Höhe von brutto € 1306,80 beauftragt. Aufgrund der kurzen Gültigkeitsdauer der Angebote können sich die Bruttokosten noch geringfügig ändern. Die Kosten werden im Nachtragsvoranschlag 2023 berücksichtigt.

Koll: Ja, eine ganz kurze Wortmeldung. Ich bedanke mich ganz herzlich beim Herwig, weil mir ist es nämlich passiert, dass mich im Rahmen dieser Wahlwerbung, wo ich irgendwelche wichtigen Dinge verteilt habe, eine Dame angesprochen hat und gesagt hat, „das ist ein Witz mit der Geschichte und sie steht da im Regen und sie hat schon an Pontius und Pilates gewendet und es geht nichts weiter“. Darauf habe ich den Herwig ein SMS geschrieben, bitte das gehört dir, kümmere dich um das. Wie lange ist das her? Einen Monat später ist es realisiert. Vielen, vielen Dank, weil es ist auch mein Gesicht, dass du dabei gewahrt hast. Ich habe versprochen, du wirst das können, danke.

Hödl: Danke, ich habe noch die Telefonnummer von der Dame und ich hoffe, dass ich sie morgen in der Frühe anrufen kann.

Völkl: Ein Zeichen mit der Hand. Sehe hier, Einstimmigkeit,

Abstimmungsergebnis:	Einstimmig beschlossen
-----------------------------	-------------------------------

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	16	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	9	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	2	FPÖ	0	FPÖ	0

Ćorković nimmt an der Sitzung teil 21:07 Uhr

20. Kooperationsvertrag – Nextbike

Hödl: Danke vielmals. Und der letzte Punkt von meiner Seite in diesem Kreis ist die Verlängerung und Adaptierung des Kooperationsvertrages mit Nextbike. Wir haben das im Ausschuss auch eingehend diskutiert. Wir haben auch die Zahlen erörtert über die Ausleihungen der letzten Jahre und sind gerade aufgrund der leider enttäuschenden Zahlen zum Entschluss gekommen, dass wir die Nextbike-Station vor dem Rathaus auflassen werden. Die ist ganz einfach in keinem Verhältnis gestanden zwischen dem Aufwand und den Ausleihungen und wir haben im Ausschuss dann beschlossen, dass wir weiterhin an der Kaiser Rast, 6 Stellplätze mit 4 Nextbikeräder und am Bahnhof ebenfalls 6 Stellplätze mit 4 Nextbike-räder weiterhin beauftragen wollen, um hier dieses Angebot auch zukünftig gewährleisten zu können.

ANTRAG

Und daher wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Weiterführung der Nextbike-Radfahrverleihstationen wird ein neuer Kooperationsvertrag zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und der Radland GmbH für die Jahre 2023 bis 2025 unterfertigt. Für das Jahr 2023 entstehen somit Gesamtkosten in der Höhe von € 1.190,40 brutto. Die Kosten für die Folgejahre werden anhand der Auslastung und des dazugehörigen Kostenschlüssels berechnet.

Völkl: Es gibt keine Wortmeldungen, daher bitte ich um Abstimmung und ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, danke.

Abstimmungsergebnis:		Einstimmig beschlossen		Stimmenthaltung	
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	16	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	9	SPÖ	0	SPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
FPÖ	3	FPÖ	0	FPÖ	0

Ref. 09 – Antrag Stadtrat Verwaltung und Digitalisierung

21. IT-Ausstattung – Betriebsärztin

Scheele: Dankeschön, Frau Bürgermeisterin. Auch von meiner Seite einen schönen guten Abend. In Vertretung des 1. Vizebürgermeisters darf ich Ihnen folgenden Amtsbericht zur Kenntnis bringen, der betrifft die IT-Ausstattung der Betriebsärztin.

Aufgrund der Pensionierung der Betriebsärztin der Stadtgemeinde, Frau Dr. Kargl-Gruber, kann der Raum im Landeskrankenhaus Stockerau, der bisher für betriebsärztliche Tätigkeiten verwendet wurde, voraussichtlich ab Juni 2023 nicht mehr genutzt werden.

Frau Dr. Kargl-Gruber wird auch nach ihrer Pensionierung im Landesdienst als Betriebsärztin für die Stadtgemeinde tätig sein und soll in Zukunft in den Räumlichkeiten der Mutterberatung und der Bräuhausgasse 9, ihren Tätigkeiten nachgehen können.

Um die Betriebsärztin mit der erforderlichen IT-Ausstattung zu versorgen, sind folgende IT-Komponenten erforderlich und ich ersuche den Gemeinderat, mich von der Verlesung der Aufstellung zu befreien.

Kosten dieser IT-Ausstattung in Summe: € 5.696,71 und jährlich € 800.

Die Räumlichkeiten der Mutterberatung in der Bräuhausgasse sind gleich neben dem Büro des Kindergartens. Deshalb sind Investitionen in die Netzwerkanbindung kostenseitig vernachlässigbar.

Alle Beträge verstehen sich exklusive Mehrwertsteuer, die Investition wird im Nachtragsvoranschlag 2023 berücksichtigt.

ANTRAG

Es stellt stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Um die Betriebsärztin der Stadtgemeinde, Frau Dr. Kargl-Gruber, mit erforderlicher IT-Ausstattung zu versorgen, soll der Auftrag zum Ankauf einer Branchen-Software-Lösung mit der Nettoauftragssumme von einmalig € 4.500,- und jährlich € 800,- an die G&G research EDV Software GmbH, entsprechend dem Angebot vom 22.12.2022, sowie der Ankauf der benötigten IT-Hardware mit der Nettoauftragssumme von € 1.196,71 nach entsprechenden BBG-Rahmenverträgen (Bechtle GmbH, ACP TechRent GmbH), erteilt werden.

Völkl: Eine Wortmeldung, Herr Gemeinderat Muth.

Muth: Nur ein kurzer Hinweis, da steht jetzt auf einmal monatlich bei den € 800. Das kann nicht sein. Wohl jährlich, im Antrag steht monatlich.

Völkl: Okay, ich danke für den Hinweis. Der Herr Gemeinderat ist ein genauer Leser, dem fällt alles auf. Dann bringen den Antrag zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, Dankeschön.

Abstimmungsergebnis:

Prostimmen

ÖVP 16

SPÖ 9

GRÜNE 5

FPÖ 2

Einstimmig beschlossen

Gegenstimmen

ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

Stimmenthaltung

ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

Dringlichkeitsantrag gem. § 46 Abs. 3 NÖ GO

Resolution Öffentlicher Verkehr im Bezirk Korneuburg

Völkl: Danke. Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages. Die Resolution braucht nicht mehr verlesen werden, sie wurde uns zur Kenntnis gebracht. Ich ersuche um Wortmeldungen und Diskussion, bitte Herr Stadtrat Koll.

Koll: Ja, danke. Ich habe das heute Nachmittag bekommen und habe das gelesen und es steht mir fern, denn es wäre respektlos, irgendwie über den Stil dieses Entwurfs zu reden. Inhaltlich glaube ich, ist jeder da dafür, da kann man nichts dagegen sagen. Mich freut es auch, dass es diesen Antrag gibt, auch wenn er ein dringlicher ist, aber manche Dinge sind halt dringlich. Es steht im letzten Absatz, die Dringlichkeit in wenigen Monaten. Gerhard Dummer weiß alles, neun Monate sind es zurzeit, aber auch neun Monate sind schnell vorbei. Darum glaube ich, dass es eine wichtige Geschichte ist, wo wir etwas zusammenbringen sollen, das auch etwas bewirkt. Wir erinnern uns auch an diesen Antrag an die ÖBB mit dem Viertelstunden-Takt, wo wir uns bemüht haben eine Formulierung zusammenbringen, die schließlich was bringt. Es war leider nicht sehr erfolgreich, wie wir gehört haben. Und wie gesagt, es steht mir gar nicht so irgendeinen Stil oder irgendwas zu kritisieren oder wenn Professoren meines Gymnasiums anwesend sind, die sich vielleicht erinnern an meine Stilblüten, die ich irgendwann einmal in

verbrochen habe im Leben. Wo ich aber sehr wohl eine Menge Erfahrung habe ist im Zusammenhang mit Ämtern und Behörden und über ein ergebnisorientiertes Verhandeln. Mir kommt es ein bisschen sehr fordernd vor und sehr ultimativ vor. Und es sind bestimmte Dinge drinnen, die die Angesprochenen in gewisser Weise und deren Verhalten in der Vergangenheit ein bisschen abkanzeln. Es ist die Rede von Lippenbekenntnissen, wir vergleichen uns mit Vorarlberg.

Es wird gleichzeitig auch gesagt, dass die Grenzen der Finanzierbarkeit das gilt nicht nur für uns, es gilt auch für den, wo wir den dazu bewegen wollen, dass er was tut. Ich würde es für notwendig halten, dass wir uns gemeinsam im Ausschuss, und zwar so schnell wie möglich, überlegen, wie man das allenfalls ein bisschen geschmeidiger formuliert. Ich würde eine Petition daraus machen, ich würde diesen Antrag in gewisser Weise ein bisschen ausschleifen und es sollten alle Gelegenheit haben, weil im Dringlichkeitsantrag konnte man jetzt nicht diskutieren über die Anliegen.

ANTRAG von STR Koll

Aus diesem Grund würde ich den Antrag stellen, dass man diesen Antrag in den wirklich nächsten Ausschuss des zuständigen, ich glaube, es ist schon wieder der Herwig Hödl, aber er hat bewiesen, obwohl er mit dem Rad fährt, dass er sehr schnell ist, dass wir das dort diskutieren in einer größeren Runde und dort ein bisschen an der Formulierung feilen, um schließlich ein bisschen konkreter zu werden, weniger aggressiv zu sein. Ich glaube, dass das die Chancen von so einer Sache erhöhen würde, als wenn wir irgendwas wohin schicken, wo wir sagen, ihr seid säumig und ihr habt in der Vergangenheit nicht viel zusammenbracht und jetzt geht es endlich weiter. Die Frage ist, wie eine Behörde auf so was reagiert. Meine Erfahrung ist, dass man es ein bisschen anders formulieren sollte. Darum ein Antrag, es in den Ausschuss des zuständigen Stadtrates zu verweisen. Ich glaube es ist der Herr wie Hödl, das betrifft wieder ihn, vielen Dank.

Völkl: Danke Herr Stadtrat, ich würde das gerne unterstützen. Wenn eine Resolution als Stadtgemeinde, als Gemeinderat, wo man wir 37 sind, geschickt wird ans Land, dann würde ich das auch sehr begrüßen. Wir haben das bei den anderen Resolutionen auch so gehalten, dass wir es diskutieren, dass jede Fraktion hier Gelegenheit hat auch noch Ergänzungen zu machen. Gerade beim 15-Minuten-Takt haben wir ganz eifrig und lang diskutiert. Darum sage ich Danke für diesen Antrag, dass man sich mit dem noch einmal beschäftigt, weil im Grunde vom Ziel her, unterstützen wir das natürlich. Ja, der Herr Stadtrat Pfeiler und der Daniel Pollak.

Pfeiler: Ganz kurz, die Dringlichkeit ist erläutert worden. In wenigen Monaten endet dieser ISTmobil-Vertrag. Das Thema ist einfach, dass das ISTmobil nicht mehr ist als eine Basisversorgung. Das ISTmobil hat jetzt für den ganzen Bezirk 60 Fahrten pro Tag, bei über 90.000 Einwohnerinnen und Einwohner bei uns im Bezirk. Das ist also nur sozusagen ein ganz kleiner Tropfen auf dem Mobilitätsstein und verursacht aber doch immerhin Kosten von 600.000 Euro per Anno. Das heißt, da ist einfach die Frage zu stellen, wenn jetzt dieser Vertrag endet, ob man da nicht mit anderen Systemen, mit anderen Mitteln einfach viel höhere Nutzen lukrieren können. Darum eben glaube ich, ist jetzt ganz wichtig dieses Thema anzugehen. Es gibt noch einen zweiten Grund, warum und das eingehen müssen ist, einzelne Gemeinden sind ja schon ausgestiegen aus dem ISTmobil. Langenzersdorf zum Beispiel, weil die auch zur Bewertung gekommen sind, dass es für das, was es gebracht hat, zu teuer ist und haben ein anderes System entwickelt. Wenn dann weitere Gemeinden wegbröckeln, dann bricht das System halt irgendwo dann zusammen oder wird dann so viel kosten, dass es noch weniger Nutzen bringt im Verhältnis zu dem, was zu bezahlen ist. Es ist da wirklich Handlungsbedarf. Nur eine kleine Feinheit noch, es richtet sich nicht an ein Amt, sondern es richtet sich an den NÖ Landesregierung, also es richtet sich an ein politisches Gremium. Danke.

Pollak: Als Gemeinderätinnen und -räte überlegen wir uns regelmäßig die letzte Meile zum Bahnhof, wie wir die abdecken. Das Thema ist aber in Wirklichkeit viel größer, nämlich ein regionales. Deshalb dieser Antrag heute in der Form abgefasst und deshalb auch als Resolution, weil wir in Stockerau können ja nicht beschließen, dass man die Gegend mit Infrastruktur

besticken möge. Deshalb soll es eine Resolution geben und wenn wir mit der Zurückverlegungen in den Ausschuss tatsächlich zu einer Formulierung kommen, für die wir eine Mehrheit oder sogar eine Einstimmigkeit herstellen können. Wäre ich natürlich auch da dafür.

Pohl: Und das hätte man auch unterbinden können, ja. Es war der Dringlichkeitsantrag da, wir haben da auch der Dringlichkeit zugestimmt, ja. Und dann heißt es, es wird in den Ausschuss verwiesen. Dann ersuche ich, wenn wir den Antrag in den Ausschuss zu verweisen, das nächste Mal keine eigenes Statement zu machen, ja. Es hat zum Antrag eigentlich keine Wortmeldung mehr gegeben, ja. Und dann sind erste Wortmeldungen aufgetaucht und die waren aber zur Sache selber. Und dann ersuche ich bitte um die Sitzungsordnung ein bisschen einzuhalten, dass man das abgekürzt. Danke.

Völkl: Wir sind ja jetzt in der Diskussion und behandeln den Antrag.

Pohl: Es geht um den Antrag, das in den Ausschuss zu verschieben. Ja, das ist ein Antrag und es geht darum ihn in den Ausschuss zu verschieben und nicht um den Antrag selbst

Dummer: Eine Information. Wir haben das ja im Ausschuss auch schon besprochen. Das Land schreibt im Jahr 2024 den öffentlichen Verkehr für unsere Region für zehn Jahre neu aus und ein Teil des Ganzen ist eben auch diese letzte Meile. Das heißt, diese Resolution ist ein Zeichen, aber aus meiner Sicht sicher nicht ausreichend, sondern wir müssen konzertiert, also gemeinsam mit unseren umliegenden Gemeinden, also der ganze Bezirk da auch wirklich ein Konzept erarbeiten und vorlegen, das dann auch einfließen kann in diese Ausschreibung. Das Land hat selbst Gedanken, das gehe ich in Richtung VOR-Flex-ISTmobil, also die werden diese letzte Meile aufnehmen in den öffentlichen Verkehr, in die Ausschreibung für die nächsten zehn Jahre. Das wird verhandelt zwischen VOR und Land, also der Bund spielt da nicht mit, das ist Sache des Landes und es muss das mit den Verkehrsträgern vereinbaren. Zum Thema ISTmobil gibt es eben auch Abstimmungstermine, wir haben unser Bussystem schon das eine oder andere Mal eingebracht in das Gremium, aber da war jetzt die Begeisterung oder die Zustimmung von allen anderen Gemeinden noch nicht so groß. Vielleicht ändert sie das. Wir arbeiten auf jeden Fall in die Richtung, dass man da vielleicht auch eine preiswertere Lösung, eine bessere, effizientere Lösung finden. Aber grundsätzlich wird das 2024 besprochen und das haben wir im Verkehrsausschuss auch schon einmal berichtet.

Völkl: Dankeschön für diese zusätzliche Information, die ganz wichtig ist. Wir stimmen nun über den Antrag des Herrn Stadtrat Koll ab, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag, die Resolution, in den Ausschuss verweisen und dort jeder seine Meinung, jede Fraktion, die Meinung einbringen kann, dass wir keine einzige Resolution losschicken können. Ich ersuche um Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, dafür bedanke ich mich sehr. Wir sind am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung angelangt. Ich bedanke mich bei den Zuhörern und wünsche einen schönen Abend.

Abstimmungsergebnis:

Prostimmen

ÖVP 16

SPÖ 9

GRÜNE 5

FPÖ 3

Einstimmig beschlossen

Gegenstimmen

ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

Stimmenthaltung

ÖVP 0

SPÖ 0

GRÜNE 0

FPÖ 0

Die Bürgermeisterin

Mag. (FH) Andrea Völkl

Für die ÖVP-Fraktion

Für die SPÖ-Fraktion

StR Dr. Christian Moser

2. Vizebgm. Heinz Scheele

Für die GRÜNEN-Fraktion

Für die FPÖ-Fraktion

StR DI Dietmar Pfeiler

StR Herbert Pohl

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Mag. Christina Pinggera

Birgit Bauer